

ABSCHIEDE

Letzte Freunde

Seltsam geteiltes Deutschland: Viele Bundesbürger neiden Christian Wulff den Ehrensold. Viele Migranten trauern, weil ihr größter Verbündeter abgetreten ist.

Ein Teil der Fans, die Christian Wulff geliebt sind, sitzt im Café Picknick in Berlin-Kreuzberg. Alte Männer, lachend, schimpfend, Zigarette rauchend, spielen Karten. „Wulff ist ein super Mann“, sagt einer von ihnen auf Türkisch. „Er hat sich für uns eingesetzt“, sagt ein anderer und nippt an seinem Tee. „Wir lieben ihn.“

Im Picknick treffen sich Einwanderer der ersten und zweiten Generation. Eine Theke, ein paar wacklige Tische, Stühle und ein grauer Teppich. Im Fernsehen läuft ein türkisches Fußballspiel. Von der Wand blickt Mustafa Kemal Atatürk herab, der Staatsgründer der Türkei. Christian Wulff ist hier nicht der Schwindler, der Unternehmerfreund, der Umsonsturlauber. Hier ist er ein Held.

Es ist eine merkwürdige Front, die dieser Tage durch Deutschland verläuft. Viele Bürger verbinden mit dem Namen Wulff inzwischen vor allem eine Kreditaffäre, Luxusferien auf Sylt und eine zu große Nähe zu Leuten mit viel Geld. Laut „Deutschlandtrend“ der ARD halten es 84 Prozent der Befragten für falsch, dass das Staatsoberhaupt a. D. den Ehrensold in Höhe von 199 000 Euro jährlich erhält.

Unter Migranten hat das Image des Niedersachsen dagegen nicht gelitten. „Er ist nach wie vor der beliebteste deutsche Politiker bei türkischen Migranten“, sagt Kenan Kolat, der Vorsitzende der türkischen Gemeinde in Deutschland. Wulff habe vor allem Einwanderern aus islamischen Ländern die Anerkennung zuteilwerden lassen, die ihnen gefehlt habe.

Migranten wie die im Café Picknick haben nicht vergessen, was Wulff am 3. Oktober 2010 bei seiner Rede zur deutschen Einheit gesagt hat: „Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“ Sie haben genauso wenig die Diskussion vergessen, die daraufhin losbrach. Denn obwohl Wulffs Aussage so richtig wie schlicht war, obwohl sich Wolfgang Schäuble vier Jahre zuvor ganz ähnlich geäußert hatte, folgte eine heftige Debatte über den Einfluss des Islam und die „christlich-jüdische Leitkultur“. Viele, die sich für die wahren Deutschen hielten, waren wütend über den Satz des Bundespräsidenten. Horst Seehofer forderte kurz darauf einen Zuwanderungsstopp für Menschen „aus fremden Kulturkreisen“.

Viele der Eingewanderten haben keinen deutschen Pass, kein Wahlrecht, und die Berliner Politik ist ihnen fremd geblieben. Aber Christian Wulff war seit dieser Rede ihr Präsident. Keinem anderen hiesigen Volksvertreter fühlten sie sich so nahe.

Wulffs Rücktritt am 17. Februar hat daran nichts geändert. Viele Migranten bedauern seinen Abschied, und noch bei der Gedenkfeier für die Neonazi-Opfer vorvergangene Woche wurde Wulff von deren Angehörigen mit Lob bedacht. „Voller Bewunderung erinnern wir uns an seine Gastfreundschaft“, sagte Ismail Yozgat, dessen Sohn 2006 in Kassel von der rechten Terrorzelle ermordet wurde. Wulff hatte Yozgat und andere Hinterbliebene bereits im November nach Berlin ins Schloss Bellevue eingeladen. „Ich danke ihm“, sagte Yozgat.

Wer das Phänomen der Zuneigung verstehen wolle, der müsse Deutschlands spezielle Integrationsgeschichte berück-

Die Migranten haben registriert, dass der Christdemokrat die Integration zu seinem Anliegen erklärt hat – und dass er damit in seiner Partei nicht nur Zustimmung erhielt. „Für die Einwanderer hat er mehr bewirkt als Dutzende Integrationskurse“, sagt Rauf Ceylan.

Die Treue zu Wulff ist mithin auch eine Ohrfeige für ein halbes Jahrhundert Zuwanderungspolitik. Jahrzehntlang seien Migranten ausgegrenzt worden, sagt Ahmet Külahçi, der das Berliner Büro der „Hürriyet“ leitet, der größten türkischen Tageszeitung in Deutschland. Külahçi arbeitet seit 32 Jahren für das Blatt, die Integrationspolitik der Bundesregierung mit ihren Islamkonferenzen und Integrationsgipfeln, so glaubt der Journalist, komme bei den meisten Zuwanderer nicht an. Wulff aber sei ein Politiker gewesen, der auf die Migranten zugegangen sei. „Sie werden ihn schmerzlich vermissen.“



Einwanderer in Berlin, Ehepaar Wulff: „Sie werden ihn schmerzlich vermissen“

sichtigen, sagt Rauf Ceylan, Islamwissenschaftler an der Universität Osnabrück. Denn in vielen Familien sei seit Anfang der Neunziger das Vertrauen in jenes Land geschwunden, in dem sie zum Teil in dritter oder vierter Generation lebten.

Die Brandanschläge von Solingen und Mölln, der Hass von Hoyerswerda, die Mordserie der Neonazis aus Zwickau saßen tief im kollektiven Gedächtnis der Migranten, urteilt der in Duisburg aufgewachsene Hochschullehrer. Diese Verunsicherung unter Einwanderern, die sich zum Teil zur Angst steigere, habe Wulff als erster Spitzenpolitiker aufgegriffen.

Die Unterstützung für den Unionsmann reicht quer durch alle Schichten und Altersklassen der Einwanderer in Deutschland. Er sei der erste Politiker, der ihre Generation ernst genommen habe, sagt auch Aylin Selçuk, 23 Jahre alt und Gründerin der „DeuKischen Generation“, einem Verein junger türkischstämmiger Migranten. Selçuk sagt, sie habe sich oft unverstanden gefühlt, wenn Politiker über Integration diskutierten. Wulff habe dagegen deutlich gemacht, dass er auch ihr Präsident sei. „Auf diesen Satz habe ich lange gewartet.“

MAXIMILIAN POPP, CHRISTOPH SCHEUERMANN

Immer mit der Keule

Warum die Deutschen wieder mit Nazi-Vergleichen überzogen werden – und wie sie damit umgehen sollten

Bernd Ulrich, *Die Zeit*, 2.02.2012

“A noi Schettino, a voi Auschwitz” So schrieb kürzlich *Il Giornale*, “Uns Schettino, euch Auschwitz”. Damit reagierte die italienische Zeitung auf eine ähnlich feinsinnige *Spiegel Online*-Kritik am feigen Kapitän der Costa Concordia, der als typisch italienisch qualifiziert wurde. Gemeint war mit der Entgegnung: Haltet ihr Deutschen bloß das Maul, ihr habt doch den Holocaust zu verantworten!

Nun könnte man sagen, dass *Il Giornale* eine rechtspopulistische Zeitung ist, noch dazu aus dem Hause Berlusconi, also nicht ganz ernst zu nehmen. Man könnte sich auch damit beruhigen, dass Nazi-Vergleiche immer mal wieder gegen Deutsche gerichtet wurden. Doch gibt es da derzeit eine Häufung. Der sensible ostdeutsche Schriftsteller Ingo Schulze wurde eben erst bei einer Lesung in Portugal gefragt, ob die Deutschen nun mit dem Euro schaffen würden, was ihnen mit Panzern damals nicht gelungen sei, also Europa zu beherrschen. Aus Griechenland kann man Derartiges zurzeit täglich hören, oft noch drastischer formuliert.

Andernorts wird der Vorwurf vornehmer verpackt, wenn etwa die aktuelle deutsche Sparpolitik mit der des Reichskanzlers Brüning verglichen wird, dessen Nachfolger dann Adolf Hitler hieß. Regelmäßig wird auch vom deutschen “Sonderweg” gesprochen, etwa wenn die Regierung Merkel nicht so viel Geld drucken möchte, wie andere das von ihr verlangen. Der so häufig zitierte Sonderweg endete historisch wo? Natürlich in Auschwitz. So schließt sich der Kreis.

Man braucht wirklich nicht lange an der Frage rumzurätseln, warum die Nazi-Vergleiche im Moment so oft gezogen werden: Zum ersten Mal seit 1945 tritt Deutschland wieder mit voller Macht auf, nicht weil man das gewollt hätte, sondern weil die europäische Schuldenkrise das ökonomisch stärkste auch zum politisch mächtigsten Land gemacht hat. Deutschland greift nun tief ein in die inneren Angelegenheiten Dritter.

Allmählich bekommt das Land für Europa eine ähnliche Funktion, wie sie die USA lange Zeit für die ganze Welt hatten. Als jene Macht, die ihre Kraft gebrauchte, manchmal missbrauchte, die an allem schuld war, die alles retten sollte und sich dafür beschimpfen lassen musste, wie sie es tat. (...) Eines allerdings konnte man ihnen nie vorwerfen: dass sie sechs Millionen Juden in den Tod geschickt und die halbe Welt mit Krieg überzogen hätten. (...)

Wie soll man als Deutscher nun damit umgehen? Ingo Schulze war empört und beleidigt, wie er selbstkritisch schrieb. Das war sicher schon allein deshalb falsch, weil genau das von seinen Zuhörern beabsichtigt war. Falsch ist es – zweitens – sicher auch, mit deutscher Arroganz zu reagieren, wie das Volker Kauder, Fraktionschef der Union, tat, als er rief, in Europa werde Deutsch gesprochen, fehlte nur noch das Wort: wieder. (...)

Drittens darf man sich von Nazi-Vergleichen nicht ins Bockshorn jagen lassen. Das Wort Sonderweg darf eine deutsche Regierung weder zum Nachgeben bringen noch zu einem trotzigem Dann-erst-recht. (...) Freundliche Unbeeindrucktheit, zuweilen unbeleidigte Zurückweisung sind also die vernünftigsten Reaktionen. Und dann das Weiterdiskutieren über die Sachfragen, über Finanzen oder Militärinterventionen.

Die neue deutsche Rolle wird noch eine ganze Weile zur Häufung von Nazi-Vergleichen führen. Das muss man wohl oder übel ertragen und sich abwettern lassen. Allerdings liegt in diesem Stoizismus auch ein ernstes Problem. Das hat mit dem deutschen Vergangenheitsparadox zu tun, das sich so formulieren ließe: Die deutsche Vergangenheit wird nur dann ganz sicher nicht wiederkehren, wenn die Deutschen sich nie ganz sicher sind, dass sie nicht wiederkehrt.

Was soll man nun tun? Die anderen bitten, mit diesem Nazi-Mist einfach aufzuhören, uns Deutsche bitte schön in jeder nur erdenklichen Form zu beschimpfen außer in dieser? Ja, das könnte man. Die Deutschen könnten auch zugeben, dass sie geliebt werden wollen, viel mehr als Franzosen oder Briten, die sich schon selbst ganz gut lieben. Allerdings können sich die Deutschen vor lauter Liebesbedürftigkeit nicht selbst verleugnen, schon weil die anderen sie dann nur noch mehr verachten würden.

Schließlich muss sich eine gewisse Coolness nach außen mit besonders hoher historischer Sensibilität nach innen verbinden. Antisemitismus, Neonazi-Terror, Geschichtsvergessenheit, Anfälle von Arroganz – das sind die wirklichen Gefahren und Verführungen. Die Deutschen müssen jetzt sehr tapfer sein – und sehr sensibel.

Geld für die Professoren - Frust für die Studenten

Ein Kommentar von Johann Osel

Es gibt Ruhm und Geld für jene Unis, die sich mit dem Titel "Elite" schmücken dürfen. Elf Hochschulen sind es neuerdings in Deutschland. Aber was nutzt es den Studenten? An sie denkt bei aller Exzellenz niemand. Sie haben im Zeugnis einen gut beleumundeten Forschungsstandort stehen. Das mag ein Vorteil bei der Jobsuche sein - mehr nicht.

Es ist keineswegs so, dass in Harvard oder Oxford die blanke Panik ausbricht, wenn in Kiel ein Forschungs-Cluster entsteht und in Bayreuth eine Doktorandenschmiede, wenn die Hochschulen in Aachen oder Heidelberg mit vielen Millionen Euro im Rücken die Flagge der "Elite-Universitäten" hissen. Aber es hat sich in der Welt herumgesprochen, dass der Wissenschaftsstandort Deutschland durch die Exzellenzinitiative einen Sprung nach vorne gemacht hat.

Die Universitäten können mit den Mitteln aus diesem Wettbewerb von Bund und Ländern fabelhafte Strukturen für Spitzenforschung aufbauen und damit beim internationalen Buhlen um die klügsten Köpfe wuchern. Das Finale der Exzellenzinitiative hat nun wieder neue Gewinner hervorgebracht, und auch Verlierer. Die größte Verlierergruppe stand aber bereits vorher fest: die Studenten.

Von dem Geld, mit dem die Politik ausgewählte Universitäten flutet, hat der Student im Hörsaal erst einmal nichts. Vielleicht entstehen in den Exzellenzstrukturen hie und da Forschungsprojekte, die auch Studenten einbinden. Forschung und Lehre sind aber nach wie vor zwei Welten, und zwischen ihnen bestehen meist keine breitspurigen Verbindungsstraßen, sondern allenfalls Trampelpfade.

Wahrscheinlicher ist es zudem, dass sich der jetzt preisgekrönte Professor erst mal mit seinen Millionen ins Studierzimmer zurückzieht und der Hochschüler im Hörsaal ihn kaum noch zu Gesicht bekommt. Studenten an Elite-Unis haben im Abschlusszeugnis einen gut beleumundeten Forschungsstandort als verleihende Institution stehen. Ein Vorteil bei der Jobsuche. Mehr nicht.

Milliarden pumpt die Initiative in die Forschungslabors der Hochschulen - das klingt gut, kaschiert aber nur mit großem Buhei die flächendeckenden Finanzierungsprobleme bei den Grundaufgaben. Durch das Geld wird kein einziger Studienplatz geschaffen - was angesichts der doppelten Abiturjahrgänge, unter deren Last alle Hochschulen derzeit stöhnen, dringend nötig wäre. Es wird nirgends ein zusätzlicher Hörsaal gebaut, auch wenn vielerorts Studenten wegen Überfüllung von Vorlesungen auf Treppen kauern.

Und der Exzellenz-Topf gibt keinerlei Zuschüsse für Wohnheimplätze, auf welche Tausende Studenten hoffen, oder für andere Investitionen in Lehre und soziale Infrastruktur. Im schlimmsten Fall haben ehrgeizige Uni-Chefs für die Exzellenz-Bewerbung ihr Haus vorab auf Elite-Maß getrimmt und Ballast abgeworfen - etwa vermeintlich unrentable Fachbereiche stillgelegt, alles zum Nachteil der Studenten.

Wilhelm von Humboldt hat vor gut 200 Jahren die Einheit von Forschung und Lehre als Ideal formuliert, es wird bis heute nur allzu gerne rauf und runter zitiert. Die Exzellenz-Initiative stößt die Humboldt-Statue zwar nicht vom Sockel; sie schafft durch die einseitige Begünstigung der Forschung aber ein Ungleichgewicht im ganzen System. Humboldt mit seinem Ideal gerät zumindest ins Wanken. Für den Elite-Wettbewerb haben sich Bund und Länder trotz Föderalismus zusammengerauft. Das wäre nun endlich auch für die Lehre fällig. Doch hier geht es freilich nicht um etwas, mit dem sich auf internationalem Parkett angeben lässt; Lehre erbringt keine Patente. So hält sich der Elan in Grenzen: Der "Qualitätspakt Lehre", ein Wettbewerb für bessere Studienbedingungen, ist nur eine Art Exzellenzinitiative für Arme. Und der "Hochschulpakt" für mehr Studienplätze wurde anfangs viel zu niedrig kalkuliert, jetzt streiten Bund und Länder um die Kosten.

Wenn über eine ohnehin mickrige Bafög-Erhöhung debattiert wird, kommt meist postwendend der Einwurf: kein Geld. Richtiger wäre: keine Priorität. Die junge Generation darf sich zwar kein Wunschdir-was-Studium erwarten. Wohl aber einen Staat, der bei der Lehre einen ähnlichen Ehrgeiz an den Tag legt wie bei der Forschung.

Angebot an Linke

Die zweite historische Chance der SPD

Die SPD buhlt um die Realpolitiker der Linkspartei. Sie sollte das offensiver tun. Denn nun könnte endlich zusammenkommen, was zusammengehört.

Nach der deutschen Wiedervereinigung hat die West-SPD eine historische Chance verpasst. Sie brach damals die Verhandlungen mit Reformern in der SED über einen Massenübertritt ab. Seither galt für anderthalb Jahrzehnte: Menschen mit SED-Vergangenheit hatten in der SPD nichts zu suchen.

Dabei waren die Gespräche schon weit gediehen. Angeführt wurden sie unter anderem von Egon Bahr auf Seiten der West-Genossen und vom damaligen Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer, dem prominentesten "Sozialdemokraten" in der ehemaligen DDR-Staatspartei. Und die Gespräche waren berechtigt: 1946 hatten die Kommunisten in der Sowjetischen Besatzungszone die Zwangsvereinigung der Ost-SPD mit der KPD zur SED rüde durchgedrückt. Wer sich sträubte, wurde eingesperrt oder mundtot gemacht. Nach der Wende sollte also, wie es der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt damals formulierte, auch auf Parteiebene wieder zusammenwachsen, was zusammengehörte.

Doch prominente Mitglieder der neuformierten Ost-SPD stellten sich quer. Sie, die in der DDR vielfach selbst verfolgt worden waren, wollten mit Mitgliedern und Funktionären der alten kommunistischen Staatspartei nichts zu tun haben. Die CDU dagegen verleihte sich ohne Skrupel die sogenannten Blockflöten von der Ost-CDU und der Bauernpartei ein, so wie die FDP die Ost-"Liberalen" der LDPD und selbst die einst als Altnaziverein gegründete NDPD. Sie übernahmen Hunderttausende Mitglieder, umfangreiche Parteivermögen und funktionierende Parteiparate. Und das, obwohl diese Blockparteien in der "Nationalen Front" gemeinsam mit der SED die DDR-Diktatur errichtet und fast bis zum Schluss verteidigt hatten.

Der SPD aber verbaute der damalige CDU-Kanzler Helmut Kohl als kühler Machtstrategie mit seiner Roten-Socken-Kampagne den Weg zu Wiedervereinigung mit den Sozialdemokraten aus der SED. Die Führung der West-SPD, bedrängt auch von den Bürgerrechtlern in den neuen Ländern, gab sich geschlagen.

Im Osten führt die SPD seitdem weitgehend ein Kümmerdasein. Anders als die ehemalige PDS verfügt sie nur über wenige tausend Mitglieder und über keine wirklich funktionierende Parteiorganisation. Bei Wahlen landet sie – außer in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern – oft sogar hinter der Linkspartei auf Platz drei.

Die aktuelle Krise der Linkspartei stellt für die SPD insofern eine zweite historische Chance dar. Und die SPD scheint daran interessiert zu sein, sie zu nutzen. Einen Tag nach dem Göttinger Parteitag der Linken forderte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles Dietmar Bartsch und andere, vornehmlich ostdeutsche, Realpolitiker auf, den Sozialdemokraten beizutreten. Nach der Niederlage gegen die von Ex-Parteichef Oskar Lafontaine angeführten linkssektiererischen Westgenossen fühlen die sich in ihrer Partei ohnehin nicht mehr allzu wohl.

Die SPD könnte davon tatsächlich profitieren: Gemeinsam mit den PDS-Reformern könnte sie im Osten wieder zu alter Größe gelangen und die gesplante Linkspartei und vielleicht auch vielerorts die CDU überholen – womöglich sogar bei der Bundestagswahl 2013.

Zugleich würde eine historische Sondersituation beendet: In vielen anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks, von Ungarn bis Polen, haben sich die einstigen kommunistischen Parteien längst zu anerkannten Mitgliedern der sozialdemokratischen Parteienfamilie gewandelt. In Deutschland blieb die von den Kommunisten einst erzwungene Spaltung bestehen.

Die SPD sollte den Wechselwilligen aus der früheren PDS deshalb ruhig attraktive Angebote machen, wie zum Beispiel (dann) sichere Wahlkreise. Sie hat keinen Grund, die Annäherung verschämt und verdruckt zu suchen, wie es Nahles am Montag tat. Viele von den früheren PDSlern machen im Osten schon lange eine pragmatische, sozialdemokratische und häufig erfolgreiche Politik. Für sie sollte in der SPD allemal Raum sein. Und auch für solche, die sich im Westen nur aus Protest gegen Schröders Sozialreformen von ihrer alten Partei abgewandt hatten und die sich nun ebenfalls verraten und in die Bedeutungslosigkeit geführt sehen.

Ausgeschlossen bleiben müssen jedoch die Ewiggestrigen aus der einstigen SED. Sie passen in Lafontaines Resterampe. Deshalb geht es auch nicht um eine Vereinigung von zwei Parteien, sondern schlicht um die Einladung, echte Sozialdemokraten zu werden – im Sinne Willy Brandts.

Quelle: Die Zeit, Ludwig Greven, 05. 06. 2012

**SERIE LANGUES VIVANTES
ALLEMAND
ANALYSE LV1 TEXTE HORS
PROGRAMME**

Immer mit der Keule

Warum die Deutschen wieder mit Nazi-Vergleichen überzogen werden – und wie sie damit umgehen sollten

A noi Schettino, a voi Auschwitz. So schrieb kürzlich *Il Giornale*, „Uns Schettino, euch Auschwitz“. Damit reagierte die italienische Zeitung auf eine ähnlich feinsinnige Spiegel Online-Kritik am feigen Kapitän der Costa Concordia, der als typisch italienisch qualifiziert wurde. Gemeint war mit der Entgegnung: Haltet ihr Deutschen bloß das Maul, ihr habt doch den Holocaust zu verantworten!

Nun könnte man sagen, dass *Il Giornale* eine rechtspopulistische Zeitung ist, noch dazu aus dem Hause Berlusconi, also nicht ganz ernst zu nehmen. Man könnte sich auch damit beruhigen, dass Nazi-Vergleiche immer mal wieder gegen Deutsche gerichtet wurden. Doch gibt es da derzeit eine Häufung. Der sensible ostdeutsche Schriftsteller Ingo Schulze wurde eben erst bei einer Lesung in Portugal gefragt, ob die Deutschen nun mit dem Euro schaffen würden, was ihnen mit Panzern damals nicht gelungen sei, also Europa zu beherrschen. Aus Griechenland kann man Derartiges zurzeit täglich hören, oft noch drastischer formuliert.

Andernorts wird der Vorwurf vornehmer verpackt, wenn etwa die aktuelle deutsche Sparpolitik mit der des Reichskanzlers Brüning verglichen wird, dessen Nachfolger dann Adolf Hitler hieß. Regelmäßig wird auch vom deutschen »Sonderweg« gesprochen, etwa wenn die Regierung Merkel nicht so viel Geld drucken möchte, wie andere das von ihr verlangen. Der so häufig zitierte Sonderweg endete historisch wo? Natürlich in Auschwitz. So schließt sich der Kreis.

Man braucht wirklich nicht lange an der Frage runzurütseln, warum die Nazi-Vergleiche im Moment so oft gezogen werden: Zum ersten Mal seit 1945 tritt Deutschland wieder mit voller Macht auf, nicht weil man das gewollt hätte, sondern weil die europäische Schuldenkrise das ökonomisch stärkste auch zum politisch mächtigsten Land gemacht hat. Deutschland greift nun tief ein in die inneren Angelegenheiten Dritter.

Allmählich bekommt das Land für Europa eine ähnliche Funktion, wie sie die USA lange Zeit für die ganze Welt hatten. (...) Was wurde den Amerikanern nicht alles Übles angedichtet, immer steckte die CIA hinter allem Bösen, stets wurden die Amerikaner des Imperialismus geziehen. Eines allerdings konnte man ihnen nie vorwerfen: dass sie sechs Millionen Juden in den Tod geschickt und die halbe Welt mit Krieg überzogen hätten. Das menschlich nachvollziehbare und oft berechnete Schimpfen auf die je stärkste Macht bekommt im Falle der Deutschen allzu häufig eine andere, eine alle Diskussionen und jedes

ernsthafte Gespräch abtötende Dimension.

Wie soll man als Deutscher nun damit umgehen? Ingo Schulze war empört und beleidigt, wie er selbstkritisch schrieb. Das war sicher schon allein deshalb falsch, weil genau das von seinen Zuhörern beabsichtigt war. Falsch ist es – zweitens – sicher auch, mit deutscher Arroganz zu reagieren, wie das Volker Kauder, Fraktionschef der Union, tat, als er rief, in Europa werde Deutsch gesprochen, fehlte nur noch das Wort: wieder. (...)

Drittens darf man sich von Nazi-Vergleichen nicht ins Bockshorn jagen lassen. Das Wort Sonderweg darf eine deutsche Regierung weder zum Nachgeben bringen noch zu einem trotzigem Dann-erst-recht. Zumal man ja weiß, dass Auschwitz als moralischer Hebel in politischen Konflikten eingesetzt wird. Freundliche Unbeeindrucktheit, zuweilen unbeleidigte Zurückweisung sind also die vernünftigsten Reaktionen. Und dann das Weiterdiskutieren über die Sachfragen, über Finanzen oder Militärinterventionen.

Die neue deutsche Rolle wird noch eine ganze Weile zur Häufung von Nazi-Vergleichen führen. Das muss man wohl oder übel ertragen und sich abwettern lassen. Allerdings liegt in diesem Stoizismus auch ein ernstes Problem. (...) Die deutsche Vergangenheit wird nur dann ganz sicher nicht wiederkehren, wenn die Deutschen sich nie ganz sicher sind, dass sie nicht wiederkehrt. Darum können sich die Deutschen, ihre Politiker zumal, nicht ganz verpanzern, weder gegen Anwürfe von außen noch gegen Anflüge von Selbstzweifeln. Es bleibt da eine wunde Stelle.

Was soll man nun tun? Die anderen bitten, mit diesem Nazi-Mist einfach aufzuhören, uns Deutsche bitte schön in jeder nur erdenklichen Form zu beschimpfen außer in dieser? Ja, das könnte man. Die Deutschen könnten auch zugeben, dass sie geliebt werden wollen (das ist nichts Schlimmes), viel mehr als Franzosen oder Briten, die sich schon selbst ganz gut lieben. Allerdings können sich die Deutschen vor lauter Liebesbedürftigkeit nicht selbst verleugnen, schon weil die anderen sie dann nur noch mehr verachten würden.

Schließlich muss sich eine gewisse Coolness nach außen mit besonders hoher historischer Sensibilität nach innen verbinden. Antisemitismus, Neonazi-Terror, Geschichtsvergessenheit, Anfälle von Arroganz – das sind die wirklichen Gefahren und Verführungen. Die Deutschen müssen jetzt sehr tapfer sein – und sehr sensibel.

Aus : *Die Zeit*, 3. 2. 2012. Von: Bernd Ulrich

Nom, prénom

SERIE LANGUES VIVANTES
ALLEMAND
ANALYSE LV1 TEXTE HORS
PROGRAMME

Beruhigt euch!

Droht uns auch noch das Ende der Demokratie? Kleine Polemik gegen das ewige Gerede vom Weltuntergang

Das Wort Krise hatte seinen Schrecken schon fast verloren. Es klang in den letzten Monaten auch bei dramatischer Nachrichtenlage etwas schwach und durch häufigen Gebrauch abgenutzt. Womit hatte die Karriere der »Krise« eigentlich einst begonnen? Mit der Ölkrise oder der Krise des Wohlfahrtsstaates? Mittlerweile haben wir uns an Wörter wie Bildungskrise, Energiekrise, Klimakrise, vor allem aber an Finanzkrise, Schuldenkrise, Euro-Krise gewöhnt. Wir hofften zuletzt, dass die Krisen selbst nicht noch bedrohlicher werden könnten, zumal die sprachlichen Steigerungsmöglichkeiten ausgereizt schienen: Weltfinanzkrise! Doch seit einigen Wochen geistert ein neues Drohwort durch die Debatten, es ist die »Krise der Demokratie«. Gibt es die wirklich? Oder ist das Gerede selbst das Problem?

Nie ist die Welt ja so schön wie kurz vor ihrem Untergang. Und nie sind die Worte, die zu ihrem Lobpreis erschallen, größer, strahlender, heiligmäßiger als in der Menetekelliteratur, die seit Jahrhunderten den Untergang des Abendlandes feiert: in der Offenbarung des Johannes ebenso wie in der berühmten deutschen Lyrikanthologie *Menschheitsdämmerung*. »Es ist ein Stoppelfeld, in das ein schwarzer Regen fällt«, schrieb der Expressionist Georg Trakl 1912, »es ist ein Licht, das in meinem Mund erlischt.« Es war damals in Deutschland eine Zeit des gesellschaftlichen Stillstands, auch der gepflegten Langeweile. Man sehnte sich nach dramatischen Dichtervorten, die das Lebensgefühl des Lesers steigerten. Heute haben wir keinen Mangel an politischer Dramatik. Aber vielleicht gibt es dennoch eine Sehnsucht nach Untergang.

Anders lässt sich kaum erklären, dass am vergangenen Wochenende in Berlin allen Ernstes »für ein neues Gesellschaftssystem« demonstriert wurde. Das war nach den jährlichen Gedenkfeiern für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, und man könnte die Demonstranten als linke Sektierer abtun. Doch die »Alternative« nicht nur zum Geschäftsgebaren der Großspekulanten, die sich auf Kosten ganzer Gesellschaften bereichert haben, sondern auch zur Demokratie wird allmählich zu einem populären Schlagwort. (...)

Wo aber ist die Krise der Demokratie, wenn mehr denn je über Demokratie diskutiert wird, wenn über 90 Prozent der Deutschen die Idee der Demokratie für die bestmögliche halten und wenn die Bürger auf öffentlichen Plätzen gegen politische Entscheidungen protestieren, sei es in Stuttgart oder New York? Die Parlamentarier müssen momentan

schier unlösbare wirtschaftliche Probleme lösen, aber die politischen Strukturen sind davon weitgehend unberührt.

Das Projekt der Europäischen Union und des Euro mag gefährdet sein, aber der Parlamentarismus ist es nicht. Allenfalls könnte man sagen, dass die politische und die ökonomische Sphäre sich zu stark entkoppelt haben, sodass die Finanzkrise erst möglich wurde. Aber gerade jetzt fordern die Bürger, voran die Occupy-Bewegung, mehr politische Einflussnahme auf ökonomische Entscheidungen. Sie sind sich ihrer demokratischen Rechte also bewusst. Schlimm wäre, wenn die Bürger nach einem starken Führer oder Monarchen riefen, aber sie fordern im Gegenteil mehr Teilhabe.

Wieso also Krise der Demokratie? Die Psychoanalytiker nennen es Angstlust. Sie beruht auf Furcht, Wonne und Hoffnung angesichts einer äußeren Gefahr – auf alldem, was auch die Weltuntergangsliteratur so prickelnd macht. Doch in der Wirklichkeit soll es lieber nicht prickeln. Da ist nicht der wohlige Vorfinalen Katastrophen erschauernde Literaturfan, sondern der über tatsächliche Risiken aufgeklärte Bürger gefragt.

(...) Wer jetzt die Funktionstüchtigkeit der Parlamente in einem Atemzug mit der Fragwürdigkeit gewisser Hedgefonds oder den Fehlern bei der Einführung des Euro diskutiert, verkennt absichtlich, dass die demokratischen Regierungen Europas mit aller Kraft versuchen, ihre Finanzprobleme an den Griff zu bekommen und die Wirtschaft am Leben zu halten. Niemand will behaupten, die Wirtschaftspolitiker in Berlin, Paris und Washington seien unfehlbar und hätten zur Finanzkrise nicht selbst beigetragen. Am Beispiel der Rating-Agenturen lernen sie jetzt, dass man die Geister, die man rief, nicht einfach wieder loswird. Die Politik kann nicht Gesetze machen, die private Agenturen wie Standard & Poor's ermächtigen, Bonitätsnoten an politische Institutionen zu vergeben, und erst dann, wenn ihr die Noten missfallen, das ganze Prozedere infrage stellen. Aber Auswege aus der Krise gibt es im Streit. Ja, was denn sonst? Demokratie heißt, keine Freiheit leichtfertig preiszugeben, auch im Ökonomischen nicht. Mit den Worten Ciceros, eines der frühen Väter der Demokratie: »Den Gesetzen gehorchen wir nur deswegen, um frei sein zu können.«

Also Schluss mit der Demokratiedämmerung. Sie ist eine Chimäre. Aber eine gefährliche.

Aus : *Die Zeit*, 21. 1. 2012. Von : Evelyn Finger

Deutschland muss führen – ob die EU will oder nicht

So bequem eine reiche und willige Bundesrepublik für die EU auch immer war: Jetzt wird eine reiche und starrköpfige Bundesrepublik gebraucht.

Darf Deutschland Europa führen? Muss Deutschland Europa führen? Bei den einen ist die Angst davor groß, dass das Land seiner Verantwortung nicht nachkommt. Polens Außenminister machte das in der vergangenen Woche in Berlin deutlich: Er brachte in einem drängenden, ersten Appell die Erwartungen derer zum Ausdruck, die auf Deutschland hoffen.

Es gibt auch jene, die glauben, Margaret Thatchers Albtraum zu erleben – dass Europa deutsch werden könnte. Es wird so kommen: Deutschland muss führen. Weder das Land noch die europäischen Partner können sich dem verweigern.

In einer Union der 27 braucht es Führung. 27 gleich starke, gleich schwache Länder, 27 Mal Malta oder Tschechien: Die Union taumelte entscheidungsunfähig dem Abgrund entgegen.

Deutschland steht für ein erfolgreiches Wirtschaftsmodell, für über ein Viertel der Wirtschaftskraft der Euro-Zone, für den größten Beitrag zu Rettungsschirm und Griechenlandhilfe. Größe macht einsam, aber Größe schafft Verantwortung – für Europa, aber auch gegenüber dem deutschen Steuerzahler. Die Frage ist, wie Deutschland seine Verantwortung wahrnimmt.

Die Verbündeten im Ringen um Stabilität und solide Haushaltsführung wie Österreich, Finnland und die Niederlande sind zu klein, um andere gegen Widerstand mitzuziehen. Die Bundesregierung muss ihnen eine Stimme geben – und ein Gegengewicht bilden zu denen in der Union, die gegenläufige Interessen haben.

Die Volkswirtschaften Italiens und Spaniens sind zusammen nur halb so groß wie die Deutschlands und Frankreichs. Frankreich aber, und darum ist Angela Merkels enge Abstimmung mit Nicolas Sarkozy so entscheidend, Frankreich als heute zweiter großer Nettoretter ist selbst wackelig.

Der Entzug des Spitzenratings droht. Sähe sich Deutschland eines Tages einer Allianz aus dem Mittelmeer-Klub und Frankreich gegenüber, hätte das Land eine Wirtschaftsmacht gegen sich, die doppelt so groß ist wie die eigene.

Führung aber heißt in dieser Krise, vielen anderen den eigenen Willen aufzuzwingen. Das ist ungewohnt für

Europa. Der Kontinent hatte sich an ein Deutschland gewöhnt, das jahrzehntlang in einer Hinsicht verlässlich war: Bis in die Ära Helmut Kohl bestand deutsche Europapolitik darin, am Ende zu zahlen. Der Verweis auf das Versprechen von Frieden, das die europäische Integration bot, war Grund und Berechtigung genug.

Die Zeit ist zu knapp für vornehme Gesten.

So bequem eine reiche und willige Bundesrepublik für die europäischen Partner auch immer war: Die heutige Krise lässt sich nicht auf diesem Wege lösen. Heute wird eine reiche und starrköpfige Bundesrepublik gebraucht. Damit macht man sich unbeliebt. Die Not ist aber zu groß, und die Zeit ist zu knapp für vornehme Gesten.

Niemand kann Deutschland vorwerfen, dass es eine Gegenleistung für seinen erheblichen finanziellen Beitrag zur Lösung der Krise fordert: eine zurückhaltende Ausgabenpolitik und saubere Haushaltsführung in Europa. Und niemand kann Angela Merkel einen Vorwurf daraus machen, die Reihenfolge einzuhalten:

Erst sparen, dann kontrollieren, dann retten – gemeinsame Anleihen etwa können, wenn überhaupt, nur ganz am Ende stehen. Lässt sich Europa darauf ein, könnte es gelingen, einen Konstruktionsfehler der Währungsunion sogar auszumerzen statt zu perpetuieren.

Das Versprechen vieler Länder, später einmal zu sparen, ist schon zu oft gebrochen worden. Seit Beginn der gemeinsamen Währung und bis zum Ausbruch der Griechenland-Krise machten die Märkte keinen Zinsunterschied zwischen Nord- und Südeuropa. Das lud ein zur Politik billiger Schulden und hat zur heutigen Krise, zur härtesten Bewährungsprobe der Europäischen Union geführt.

Einen Fehler einmal zu machen, aus Begeisterung für das europäische Projekt, ist nicht ehrenrührig. Ein zweites Mal wäre er fatal. Ende dieser Woche treffen die Regierungschefs der Europäischen Union aufeinander. Die Märkte erwarten ein Signal von dem Gipfel. Es wäre kein geringes, wenn die Politik bewiese, dass sie die Welt gestalten kann – und nicht nur verwalten.

Quelle: Die Welt, Florian Eder, 3. 12. 2011

**SERIE LANGUES VIVANTES
ALLEMAND
ANALYSE LV1 TEXTE HORS
PROGRAMME**

Streit über Europa-Politik. Müntefering warnt SPD vor Kurs à la Hollande

In der SPD ist eine Debatte über das Verhältnis der Partei zu François Hollande entbrannt. Die Pragmatiker warnen Sigmar Gabriel davor, sich von Frankreichs Präsident vereinnahmen zu lassen. (...)

Wann immer Sigmar Gabriel über François Hollande spricht, wird der SPD-Chef euphorisch. Dass der Sozialist nun in Paris das Sagen habe, sei ein "Signal des Aufbruchs mit einer Strahlkraft, die weit über Frankreich hinaus reicht", sagt Gabriel. Gemeinsam werde man "Europa eine andere Richtung" geben. Gabriel nennt Hollande einen "Freund" und setzt auf eine deutsch-französische Achse gegen die Kanzlerin.

In der SPD stößt Gabriels Schulterschluss mit dem neuen Mann im Elysée-Palast auf wachsenden Unmut. Besonders die pragmatischen Sozialdemokraten nervt die Frankreich-Euphorie ihres Vorsitzenden zunehmend. Sie fürchten, zu viel Nähe zu Hollande könne beim Wähler hierzulande den Eindruck erwecken, als verlöre die SPD deutsche Interessen aus dem Auge. Statt eine Stütze im Kampf gegen Angela Merkel zu sein, drohe der neue französische Präsident so zur Bürde zu werden. Distanz und Eigenständigkeit müsse mit Blick auf Paris das Motto sein, heißt es.

In der Fraktionssitzung am Dienstag bekam Gabriel die Stimmung zu spüren. In seiner Einführung, so berichten es Teilnehmer, habe der Parteichef die Bedeutung Hollandes für die SPD noch einmal offensiv angesprochen. Nicht zuletzt in den Verhandlungen über den europäischen Fiskalpakt sei der neue Präsident ein wichtiger Verbündeter. Die Botschaft, die bei etlichen Parlamentariern ankam: Hollande ist unser Mann. Je mehr er sich gegen die Kanzlerin durchsetzt, desto besser ist das für die SPD.

In der Diskussion meldete sich ausgerechnet Gabriels Vorgänger Franz Müntefering zu Wort, was in der Fraktion auch deshalb mit Interesse wahrgenommen wurde, weil es nicht mehr allzu oft vorkommt. Müntefering, der gerade im konservativen Flügel der Partei noch Gewicht hat, habe zu einer längeren Intervention angesetzt, die weithin als direkte Botschaft an den Parteivorsitzenden gedeutet wurde.

Der Ex-Vorsitzende warnte davor, eine zu große Nähe zu den Sozialisten in Paris zu suchen. Die SPD müsse zuallererst für deutsche Interessen eintreten, die eigenen Konzepte stärker herausstellen und nicht nur im Kielwasser Hollandes fahren. Es gebe keinen deutsch-französischen "Automatismus", auch nicht in Sachen Euro. "Ich bin Europäer genug, um so etwas sagen zu können", wird Müntefering zitiert. Im Übrigen solle man offen die besten Rezepte gegen die Krise diskutieren, sagte er. Er selbst habe aber noch nicht die richtigen Antworten gefunden.

"Schön, dass du das auch merkst", soll der offenbar wenig amüsierte Gabriel laut Teilnehmern daraufhin

dazwischengerufen haben. Einige Anwesende interpretierten den Zwischenruf als Ausfälligkeit gegenüber Müntefering. Andere deuteten ihn als übliche Flapsigkeit des Vorsitzenden. Begeisterung rief er mit dem Satz jedenfalls nicht hervor. Applaus habe eigentlich nur Müntefering bekommen. Bei Gabriel sei der Saal still geblieben, heißt es.

Hintergrund der Debatte über das Verhältnis zu Hollande ist vor allem dessen jüngster Vorstoß zur Einführung von sogenannten Euro-Bonds. Bei der SPD-Rechten besteht die Sorge, dass man aufgrund des Schulterschlusses mit dem Sozialisten für diese beim Wähler unpopuläre Forderung in Mithaftung genommen wird. Das Thema Euro-Bonds ist für die SPD innenpolitisch heikel. Zu Beginn der Euro-Krise zeigten sich weite Teile der Partei durchaus offen für die Einführung von europäischen Gemeinschaftsanleihen. Neuerdings schweigen die Genossen lieber zu dem Thema.

Für Gabriel, der ebenso wenig wie der Rest der Führungsspitze als Verfechter von Euro-Bonds gilt, ist der Streit ein Problem. Der Parteichef weiß, dass Gemeinschaftsanleihen auch in der eigenen Mitgliedschaft Ängste hervorrufen, deutsche Steuerzahler könnten auf diesem Wege für die Schulden südeuropäischer Staaten einstehen. Zugleich dürfte Gabriel sich aber darüber freuen, dass Hollande mit der heiklen Forderung die Kanzlerin europapolitisch unter Druck setzt. Dem französischen Präsidenten öffentlich zu widersprechen, würde seiner bisherigen Linie entgegenstehen.

Inzwischen versuchen die SPD-Pragmatiker, das Bild über das Verhältnis der Partei zu Hollande auch öffentlich zurechtzurücken. Die Freundschaft zum französischen Präsidenten soll nur ja nicht als zu eng erscheinen. "Es ist immer gut, wenn man in anderen Ländern einen Regierungschef aus der eigenen Parteienfamilie stellt", sagt der Sprecher des pragmatischen "Seeheimer Kreises", Garrelt Duin. "Aber Hollande kann nicht unsere Kämpfe gewinnen", mahnt er. "Es gibt auch keinen Bedarf, ihn zu kopieren."

"Präsident Hollande arbeitet für Frankreich, wir arbeiten für Deutschland", sagt auch Thomas Oppermann. Natürlich stimme man sich in vielen Fragen mit den Sozialisten in Paris ab. "Aber wir sind konkret erstmal für unser Land verantwortlich", so der einflussreiche Fraktionsgeschäftsführer. Die SPD müsse unabhängig von Hollande eigene Positionen festlegen.

Es klingt ein bisschen wie Müntefering in der Fraktion.

Quelle: Der Spiegel, Veit Medick, 23.05.2012

Was bleibt: Trauerrede von Günter Grass

Wir dokumentieren die Rede, die der Schriftsteller Günter Grass am Dienstag zur Gedenkfeier zu Ehren von Christa Wolf in der Berliner Akademie der Künste hält.

„Christa Wolf gehörte einer Generation an, zu der auch ich mich zähle. Die Zeit des Nationalsozialismus und die späte, zu späte Erkenntnis aller im Verlauf von nur zwölf Jahren von Deutschen begangenen Verbrechen haben uns geprägt. Schreiben verlangt seitdem, aus Spuren zu lesen. Dem entspricht eines ihrer Bücher unter dem Titel „Kindheitsmuster“, denn ideologische Wechselbäder bestimmten nach der braunen Diktatur die Doktrinen des Stalinismus ihre jungen Jahre.

Gläubig eingeschlagene Irrwege, aufkommender Zweifel und Widerstand gegen verordnete Zwänge, mehr noch, die Einsicht in eigene Teilhabe innerhalb eines die sozialistische Utopie nivellierenden Systems, sind bezeichnend für ihren im Verlauf von fünf Jahrzehnten bewiesenen literarischen Rang: vom „Geteilten Himmel“ bis zur letzten Reise, die uns in die „Stadt der Engel“ führt, Buch nach Buch; Bücher, die geblieben sind.

Eines davon herausgegriffen: „Was bleibt“ ist der Titel einer Erzählung, die im Juni 1990 im Aufbau-Verlag und im Luchterhandverlag erschien. Noch bevor sie den Lesern in Ost und West vorlag, schlugen – die Sperrfrist missachtend – einige jener westdeutschen Journalisten zu, die als Sieger der Geschichte meinten, die Stunde der Abrechnung habe geschlagen.

Sie, Christa Wolf, die vormals gefeierte und ob ihrer Widerständigkeit hochgelobte Autorin, sie, die Büchner-Preisträgerin von 1980, sie, die zwei Jahre später bei ihrer Frankfurter Poetik-Vorlesung von Studenten umlagerte, sie, deren Stimme im einen wie anderen Deutschland gehört worden war, sie wurde nun – kaum war die Mauer zwischen den feindlichen Lagern gefallen – mit nicht endenwollendem Wortschwall niedergemacht. Es war, als wollte man eine öffentliche Hinrichtung zelebrieren.

Tag nach Tag, am ersten und zweiten Juni, machten die Wochenzeitung Die Zeit und die Frankfurter Allgemeine Zeitung den Anfang. Ulrich Greiner und Frank Schirrmacher gaben den Ton an, der von einem Rudel Journalisten aufgenommen und zum Wolfsgeheul gesteigert wurde. Die wenigen Gegenstimmen kamen dagegen nicht an.

Was gab Anlass für so viel Niedertracht und Vernichtungswillen? Ein im Sommer des Jahres 1979 geschriebener Text, der Zweifel und Selbstzweifel sowie die Bespitzelung und offenkundige Überwachung des Ehepaares Wolf durch den Staatssicherheitsdienst der DDR zum Thema hatte. Aus sicherem Port und berauscht von jenem

Gratismut, der offenbar als Topfpflanze besonders gut in Redaktionsstuben gedeiht, warf man der Autorin vor, zu feige gewesen zu sein, ihre Erzählung gleich nach der Niederschrift veröffentlicht zu haben.

Das „hätte“, so behauptete Ulrich Greiner, „sicherlich das Ende der Staatsdichterin Christa Wolf und vermutlich ihre Emigration zur Folge gehabt.“ Großzügig wusste er aus geschütztem Winkel heraus zu berichten: „Sie hätte ja leicht Unterkunft im Westen finden können.“ Und Frank Schirrmacher unterstellte der Autorin sogar im Plural: „Jedermann erkennt: Dies sind die Sätze des Jahres 1989, nicht des Jahres 1979.“ Nicht zur Kenntnis genommen wurde, dass die danach geschriebene Erzählung „Sommerstück“ auch erst ein Jahrzehnt nach ihrem Entstehen veröffentlicht wurde.

Angeführt von großmächtigen Zeitungen wurde die Pressekampagne des Jahres 1990 fortgesetzt. Immer wieder lebte sie auf und findet ihr Echo sogar in einigen Nachrufen auf Christa Wolf. Besonders hat der auf ihr literarisches Werk und auf das vieler Autoren der Nachkriegsliteratur gemünzte Begriff „Gesinnungsästhetik“ bis heutzutage all jene Kleingeister befügelt, die die Literatur und deren Produzenten in eine Immobilie namens Elfenbeinturm sperren wollen.(...)

1990! Warum verharre ich im Morast des Veröffentlichungsjahres der Erzählung „Was bleibt“? Damals begann unsere Freundschaft. Wir sahen uns häufig, schrieben einander Briefe. So sehr Christa um Haltung bemüht war, erkennbar blieb dennoch, wie sehr sie unter den jüngsten Verletzungen litt. Was ihr im eigenen, trotz allem geliebten Land von Staats wegen zugefügt worden war, wurde nun in ähnlicher Praxis fortgesetzt, sozusagen gesamtdeutsch und hinterm Schutzschild „Meinungsfreiheit“: Verleumdungen, verfälschte Zitate, der immer wieder versuchte Rufmord. Als Schande wird auch das bleiben. So schäbig ging es im Jahr der deutschen Einheit zu.

Vor allem aber bleibt uns die Vielzahl ihrer Bücher. Sie ist es gewesen, die während einer Zeit, in der sich Ost und West waffenstarr und ideologisch verhärtet gegenüberstanden, grenzüberschreitende, die Grenzen überwindende Bücher geschrieben hat, die von Dauer sind. (...)

Quelle: Frankfurter Rundschau, 14. 12. 2011.

SERIE LANGUES VIVANTES
ALLEMAND
ANALYSE LV1 TEXTE HORS
PROGRAMME

Mediation: Wie sich Konflikte um Großprojekte lösen lassen

1	Wenn Bürger früh an der Planung beteiligt werden, lassen sich Konflikte um Großprojekte entspannen.
5	Der Ausbau des Frankfurter Flughafens um eine zusätzliche Landepiste ist mit mehr als vier Milliarden Euro Gesamtkosten genauso wie die umstrittene Bahn-Investition Stuttgart 21 ein wahrlich großes Projekt. Die Konsequenzen auf Umwelt und Anwohner dürften am Main aber viel schwerer sein. Dort geht es nicht wie in Stuttgart um knapp 300 Bäume, sondern um Hunderttausende, um einen früher geschützten riesengroßen Wald, der die Anwohner von Lärm und Schmutz fernhielt. Viele Menschen im
10	Industriegebiet um Frankfurt fragen sich nun, ob ihr Haus an Wert verlieren wird und ob man sein Fenster noch ohne Gehörschaden wird öffnen können. Und doch: Während in Stuttgart jede Woche Zehntausende wütende Bürger protestieren, blieb es in Frankfurt bisher fast ruhig. Vor Baubeginn wurden zwar ein paar Robin-Wood-Aktivistinnen auf dem Baugelände von den Bäumen geholt, ansonsten gab es
15	höchstens isolierte, friedliche Aktionen kleinerer Bürgerinitiativen aus der Umgebung. Die plausibelste Erklärung dafür interessiert zurzeit Politiker sehr: "Mediation" heißt das Verfahren, das in Frankfurt vor Beginn der konkreten Projektplanung angesetzt wurde und das jetzt viele Anhänger findet. Es ist eine spezielle Form der Bürgerbeteiligung, bei der Investoren, Anwohner und andere Beteiligte sich möglichst
20	früh unter Leitung eines Mediators zusammensetzen; dann legen sie ihre Wünsche und Fragen auf den Tisch und suchen gemeinsam nach einer Lösung. Das Nichtrauchergesetz in Bayern, die Schulreform in Hamburg oder jetzt der Streit um den Stuttgarter Bahnhof: Überall protestierte das Volk vor kurzem so heftig auf, dass manche Politiker schon das Ende dieser Großprojekte befürchten. Dagegen gilt der
25	Flughafenausbau in Frankfurt unter Profi-Mediatoren als Paradebeispiel dafür, wie Vermittlungsgespräche Konflikte entschärfen können. Das Modell gilt als so erfolgreich, dass es jetzt bundesweit kopiert wird. So startete in Rheinland-Pfalz ein Mediationsverfahren beim Streit um die Erdwärmenutzung. Dort fürchten Bürger, dass weitere Geothermie-Kraftwerke neue Erdstöße auslösen könnten.
30	Auch in Nordrhein-Westfalen wollen Politiker mit Hilfe von Mediatoren den Konflikt um eine Kohlenmonoxid-Pipeline des Bayer-Konzerns von Krefeld nach Dormagen lösen. Anwohner sehen in der Leitung für das giftige, geruchlose Gas ein inakzeptables Risiko. Die Mediation sollte jedoch starten, bevor Fakten geschaffen werden. Wenn ein
35	Planungsverfahren beschlossen worden ist, haben Mediatoren, wie beispielsweise Heiner Geißler in Stuttgart, so gut wie keinen Handlungsspielraum – schon allein, weil bereits geschlossene Verträge oft nur gegen hohe finanzielle Entschädigungen rückgängig gemacht werden können.
40	Nach <i>Der Spiegel</i> , 31.10.2011

Nazi geht immer

Von Heyer, Julia Amalia und Batzoglou, Ferry

Griechische Kommentatoren und Karikaturisten kultivieren nur noch ein Feindbild: den bösen Deutschen, der in Athen ein "Viertes Reich" errichten will. Die Ressentiments gegen die Politik sind mittlerweile in der Bevölkerung weit verbreitet.

Er hat es eigentlich satt, dauernd böse Deutsche zu zeichnen. Trotzdem malt Stathis Stavropoulos sie immer wieder, leicht variiert. Der bekannte griechische Karikaturist steckt Angela Merkel in finster anmutende Uniformen, setzt sie in Panzer und lässt sie griechische Buben erschrecken.

5 Der gemeine Deutsche trägt derzeit wieder Uniform in Griechenland; er nimmt einer Mutter das Baby weg oder zählt die Bohnen in der Fasolada, einem Nationalgericht. "Was soll ich tun - das ist nun einmal die Lage", sagt Stavropoulos, der Zeichner. Selbst die "New York Times" druckte schon eine seiner Karikaturen. Er selbst nennt diese "eher tragisch als komisch".

Selten war der Deutsche jedenfalls hässlicher als zurzeit in Griechenland, auch wenn es ähnliche Nazi-Reminiszenzen gelegentlich auch in französischen, spanischen oder britischen Medien gibt.

10 Von den griechischen Titelseiten blickt mittlerweile nahezu jeden Tag die verkniffene Kanzlerin. Fast noch freundlich sind Karikaturen, die sie als scharfzahnigen Blutsauger zeigen oder als Oberlehrerin mit erhobenem Zeigefinger. Die härtere Variante ist die mit Lederpeitsche und Hakenkreuzbinde.

15 Als Hassfigur kann ihr bei den Griechen momentan nur einer den Rang streitig machen: Wolfgang Schäuble, der auch mal in eine SS-Uniform gesteckt wird.

Der Hass ist nicht nur in Boulevardblättern zu Hause. Im Athener Fernsehsender Extra 3 schmettert Georgios Trangas jeden Abend live seine Tiraden gegen die "deutschen Besatzer". "Choris Anästhetiko" (Ohne Narkose) heißt seine Show, in der er die "barbarischen Maßnahmen" kritisiert, die seinem Land "von Berlin" auferlegt werden.

20 Die Zerrüttung im deutsch-griechischen Verhältnis ist omnipräsent. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die Medien den Hass erzeugen oder nur bedienen. Andreas Kapsabelis, Chefredakteur der Boulevardzeitung "Dimokratia", hat dazu eine klare Meinung: Die Deutschen wollten die Griechen vernichten; mit finanziellen Mitteln werde nun versucht, was vor über 60 Jahren nicht gelungen sei.

25 Der Chefkolumnist der linksliberalen Zeitung "Ethnos" schreibt vom "Vierten Reich" und nennt die Sparpolitik, die von seinem Land gefordert wird, ein "fiskalisches Dachau". Warum solche Ausfälle? "Es ist Selbstverteidigung", sagt Delastik. Mit seinen Kommentaren versuche er, die verletzte Würde der Griechen wiederherzustellen. Indem er den wunden Punkt der Deutschen ausstelle: ihre nationalsozialistische Vergangenheit.

30 Dass das eine mit dem anderen nichts zu tun hat, will in den griechischen Medien derzeit niemand zur Kenntnis nehmen. Wer irgendwie kann, schwingt jetzt die Nazi-Keule.

Titel fürs Türschild

Ein Jahr nach dem Rücktritt Guttenbergs tun sich die Universitäten schwer mit dem Kampf gegen Plagiate - zu viele Akademiker promovieren.

Der namhafte Gast ist aus Übersee, das Thema brisant, der Jahrestag der bisher größten deutschen Plagiatsaffäre steht kurz bevor: Eigentlich müssten sich die Zuhörer in der Hochschule für Technik und Wirtschaft am Rande Berlins drängen.

5 An diesem Februarabend sind indes nur sieben der mit giftgrünem Stoff bezogenen Stühle in Hörsaal 7 belegt. Die Informatikprofessorin Debora Weber-Wulff bittet erst einmal um Entschuldigung. "Es tut mir leid, Don", sagt sie, "dass so wenige hier sind."

Donald McCabe von der Rutgers Business School im US-Bundesstaat New Jersey ist die graue Eminenz der Plagiatsforschung. McCabe hat eine viertel Million Akademiker weltweit befragt, er weiß genau, wie die Betrüger unter ihnen tricksen.

10 Doch das will hierzulande kaum noch jemand hören, ein Jahr nachdem der damalige Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) wegen seiner zusammengeklauten Doktorarbeit zurücktrat. Die Plagiatsjäger fühlen sich wieder so einsam wie vor der Affäre. Sie fürchten, dass nach der Aufregung nichts Zählbares bleibt - und alle Maßnahmen ins Leere laufen, weil die Universitäten den Promotionsbetrieb nicht reformieren.

15 Warnende Beispiele gibt es genug, nach Guttenberg verloren weitere bekannte Möchtegerndoktoren ihren Titel: die FDP-Politiker Silvana Koch-Mehrin und Jorgo Chatzimarkakis sowie Veronica Saß, die Tochter von Edmund Stoiber, die derzeit wie Koch-Mehrin gegen den Entzug des Titels klagt. Im April will der Rat der Philosophischen Fakultät in Bonn über die Arbeit der FDP-Politikerin
20 Margarita Mathiopoulos befinden, der Promotionsausschuss empfahl bereits, den Titel abzuerkennen.

Inzwischen warnen Experten, dass der plakative Kampf zum Aktionismus verkommt. Das Problem liege tiefer. Da die Universitäten immer mehr Doktorarbeiten passieren lassen, laden sie geradezu zum Plagiat ein - der Schritt vom Dünnbrettbohren zum Schummeln ist klein. Debora Weber-Wulff,
25 die rührigste deutsche Plagiatsjägerin, sagt: "Abschreckung funktioniert nicht, nur Aufklärung hilft."

Ein Plagiat zu entdecken ist für den einzelnen Hochschullehrer bislang kaum möglich, meint
30 Manfred Görtemaker, Lehrstuhlinhaber für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam. "Ich werde zugeschüttet mit den Texten, die ich lesen muss." Er betreut allein 20 Doktoranden, gerade hat einer ein Werk von 1200 Seiten eingereicht, dazu kommen Bachelor- und Master-Arbeiten. "Ich liebe es zu lehren und zu betreuen", sagt Görtemaker, aber die "schiere Masse" bereite Probleme. "Unter diesen Bedingungen ist keine scharfe Kontrolle möglich."

Nach: *Der Spiegel*, 27.2.2012

**SERIE LANGUES VIVANTES
ANALYSE LV2 TEXTE HORS
PROGRAMME**

**SERIE LANGUES VIVANTES
ALLEMAND
ANALYSE LV2 TEXTE HORS
PROGRAMME**

Den Städter zum Gärtner machen

1	Während im Prater die Bäume blühen, die ersten handfesten Ausschreitungen um Grillplätze auf der Donauinsel stattfinden und neue Parkpickerlbezirke einmal kein Thema sind – es ist ja Wochenende - da knie ich auf allen Vieren in der feuchten Erde und erfreue mich an meinem Stück Selbstversorgergarten.
5	Die Modeworte "Guerilla Gardening" und "Community Gardening" haben seit geraumer Zeit auch in Wien Einzug gehalten. Leere Flächen in der Stadt werden von Privaten begrünt – ob mit Erlaubnis oder sogar Förderung der Stadtverwaltung oder auch "wild". In immer mehr Bezirken finden sich mittlerweile entsprechende Flächen für Städter, die gerne einmal ihren grünen Daumen ausleben wollen.
10	Pflanzen oder Gemüse?
15	In den Gemeinschaftsgärten in den Bezirken geht es vor allem um eine Begrünung der Stadt. Im Mittelpunkt stehen also Blumen, schattenspendende Gehölzer und Sitzgelegenheiten zur Entspannung. Auf der Suche nach einer geeigneten Freifläche und einer intensiven Beschäftigung mit der Thematik stolperte ich auch über die Möglichkeit, einen sogenannten Selbstversorgergärten zu nutzen. Nach einer kurzen Nachdenkphase war klar, die Gelegenheit muss beim Schopf gepackt werden. Gesagt getan – für 120 Euro pro Saison bin ich nun stolzer Besitzer einer eigenen Parzelle.
20	Seit Ende Mai darf ich mein Stück Land nun nach eigenem Gutdünken bewirtschaften. Der Verpächter hat sich bereits um die Abgrenzung der Parzellen gekümmert und einiges an Gemüse ausgesät - Buschbohnen, Zwiebel, Paradeiser, Rote Rüben und vieles Andere mehr, wächst vor sich hin. Ich knie dazwischen entferne Beikraut und plane die weiteren Schritte.
25	Ich und meine Nachbarn
30	Ein Selbstversorgergarten ist ein Spiegelbild des urbanen Lebens. Alle Bezirke Wiens und deren Vorzeigebewohner treffen sich auf einem Feld und gärtnern in trauter Eintracht nebeneinander. Zwischen den Bobos des 6. und den Alternativen des 16. umgeben von Gemeindebaubewohnern des 10. und den Wienern mit Migrationshintergrund aus dem 15. dazwischen einige Familien aus dem 8. und 9. Bezirk und alle auf allen Vieren beim Unkrautzupfen in Siebenhirten.
35	Die ersten gutgemeinten Gärtner Tipps habe ich gleich nach meiner ersten Minute vor Ort bekommen. Ebenso eine Rüge weil die Gießkanne, die ich nutzte, nicht zum öffentlichen Allgemeingut gehörte, sondern meinem Nachbarn zwei Parzellen weiter rechts.
40	Ein paar Stunden später sind die wesentlichen Details ausgetauscht, ich habe erfahren wie in den letzten Jahren auf meiner Parzelle gearbeitet wurde, wie die allgemeinen Verhaltensregeln sind und welche Gemüsesorten besonders gut miteinander harmonieren. Die Einen haben kunstvolle Gebilde – die mir als Bohnenzelte vorgestellt werden – errichtet, andere haben die Saatzeilen mit Holzstäbchen beschriftet, wieder andere mit Tonscherben. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt.
45	Zu Beginn hatte ich durchaus Bedenken, ob die Nähe nicht etwas Beschränkendes, Schreckliches gar Bedrückendes haben würde. Doch nach einigen Tagen Gartenarbeit sind die Zweifel beseitigt und die gemeinsame Anstrengung verbindet. Das Beikraut scheint einigermaßen unter Kontrolle, bewässert wurde auch und nun heißt es abwarten. Schön, so eine grüne Stadt.
50	Nach <i>Wiener Zeitung</i> , 3. Juni 2012

**SERIE LANGUES VIVANTES
ALLEMAND
ANALYSE LV2 TEXTE HORS
PROGRAMME**

Linkspartei

1	<p>Die Zeiten, in denen die Linkspartei in „West-Linke“ und „Ost-Reformer“ aufgeteilt werden konnte, scheinen nach dem Göttinger Parteitag vorbei. Manche glauben, dass die Partei nun endlich ein Zentrum entwickeln könnte.</p>
5	<p>Petra Pau, die Vizepräsidentin des Bundestags, lobte in der Berliner Zeitung <i>Tagesspiegel</i>: Der Parteitag und die Rede von Gregor Gysi dort hätten die „Lebenslüge“ der Linkspartei entlarvt, nach der in ihr zusammengewachsen sei, was zusammengehöre.</p> <p>Reformer kämpften um den Abschied vom Dogma</p>
10	<p>Der Name „Reformer“ stammt aus den späten achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts, als sich hier und da Personen zusammenfanden, um die versteinerte SED zu reformieren. Zwar ging die friedliche Revolution über ihre Bemühungen hinweg, doch wurde auch in der SED/PDS um einen pragmatischen Kurs und den Abschied vom Dogma gekämpft. Ein „programmatisches Fundament“, von dem aus eine Partei sich entwickeln könne, bildeten</p>
15	<p>weder Lafontaines Forderungen (zum Beispiel: „Weg mit Hartz IV“, „Raus aus Afghanistan“), noch hätten die Reformer bisher ein eigenes „programmatisches Angebot“ gemacht. In den neunziger Jahren sei nicht recht klar gewesen, ob sich ihr Reformeifer auf die Partei oder die Gesellschaft beziehe.</p> <p>Vom Protest gegen die Reformen von Rot-Grün seien sowohl die PDS als auch ihre Reformer überrascht worden und hätten, außer der „Glorifizierung des Zustands vor den</p>
20	<p>Hartz-Reformen“ keine Antwort gefunden, so wie sie auch – ebenso wie andere Parteien – keine Antwort auf die „neuen sozialen Herausforderungen der Globalisierung“ hätten. Ihr Versprechen einer „neuen sozialen Idee“ haben weder die Linkspartei insgesamt noch die Reformer in ihr eingelöst.</p>
25	<p>In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben die „ostdeutschen Reformer“ in sehr unterschiedlichen Situationen gesteckt: Sie haben in Sachsen-Anhalt die SPD toleriert, in Mecklenburg-Vorpommern mitregiert, sie sind in Thüringen stark und in Sachsen schwach, in Berlin haben sie zehn Jahre mitregiert, und Brandenburg ist inzwischen das einzige rot-rot regierte Land. Was die Bundespartei fast gar nicht und die ostdeutschen Landesverbände untereinander wenig praktizierten, war ein Erfahrungs- und Informationsaustausch über das, was die „Regierungslinke“ an Ort und Stelle eigentlich tat.</p>
30	<p>Facetten statt Forderungen</p>
35	<p>In Göttingen habe sich beim Treffen „Wir sind die Linke“ gezeigt, dass die Partei sehr wohl ein Zentrum bekommen könne. Gysi, Bisky, Bartsch – in Göttingen sei auch der Generationswechsel der Reformer sichtbar geworden. Seit Februar hat das „Forum Demokratischer Sozialismus“ (FDS), die klassische Reformer-Organisation innerhalb der Linkspartei, etwa 600 Mitglieder – zum großen Teil kommunalpolitisch engagierte Linke-Mitglieder aus dem Westen. Sie wollten im FDS vor allem „die großen Fragen der Zeit“ erörtern, aber auch „linke Gestaltungspolitik“.</p>
	<p style="text-align: right;">Nach <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i>, 05.06.2012</p>

R-E-S-P-E-K-T

FDP-General Döring spricht von der "Tyrannei der Masse" und entlarvt die Arroganz der Etablierten. Den Liberalen geht genau das ab, was die Piraten so erfolgreich macht: Respekt vor dem Wähler. Von Frank Ochmann

- 5 Wie konnten sie nur? Im Saarland ist mit den „Piraten“ zum zweiten Mal eine politische Partei in ein Länderparlament gewählt worden, deren Erfolg zu wachsendem Erstaunen und bei manchen auch zu Unbehagen führt. Die Piraten haben keine prominenten Gesichter in ihren Reihen. Gemeinsame Positionen zu aktuellen politischen Fragen sind - von der "Netzpolitik" einmal abgesehen - kaum fassbar. Und ihr Auftreten widerspricht so ziemlich allen PR¹-Regeln, die üblicherweise das Verhalten von Gewählten und Regierenden vor Kameras und Mikrofonen leiten. Trotzdem brachte es die Piratenpartei an der Saar auf 7,4 Prozent der Stimmen - sechsmal so viel wie die professionell durchgestylte FDP.
- 10 Wer sich dann immer noch fragte, wie der Einzug der Piraten ins Parlament möglich geworden war, fand eine Antwort bei Aretha Franklin, die am Wahltag ihren Siebzigsten feiern konnte. „Respect“ hieß das Lied, das die Soulsängerin 1967 weltberühmt machte. „R-E-S-P-E-C-T“, wie sie damals in ihrem Song für jene buchstabierte, die nicht kapierten wollten und Schwarzen oder Frauen gleiche Rechte vorenthielten.
- 15 **Piraten als Alternative zum Nichtwählen**
Was das mit den Piraten zu tun hat? Auch dabei geht es ums Kapierten und um Respekt. Es geht um Macht und Gerechtigkeit und auch um jene "Würde", die zuletzt beim Amtswechsel des Bundespräsidenten immer wieder feierlich beschworen wurde. Übersetzt man den "Respekt", ist schon so gut wie alles erklärt. Das Wort setzt sich aus dem lateinischen "re" - zurück - und dem
- 20 Verb "spicere" - sehen - zusammen. Wer also einen respektiert, der sieht zu ihm zurück beim Voranschreiten, vergewissert sich, dass der andere noch da ist und mithalten kann, dass er einverstanden ist mit Kurs und Tempo. Wer einen anderen respektiert, nimmt Rücksicht.
- 25 Das Gegenteil aber - mangelnde Rücksicht, fehlender Respekt - bestimmt das politische Gefühl vieler Menschen im Land. Das beweisen Umfragen zum Vertrauen in Politik und Wirtschaft ebenso wie das wachsende Aufbegehren einer Bevölkerungsschicht, die über Jahrzehnte nie auch nur auf den Gedanken gekommen wäre, ihre Stimme zu erheben und auf der Straße, vor Bahnhöfen, in Flughäfen oder vor dem Schloss Bellevue zu demonstrieren. Diesen Menschen ist nicht langweilig, sie bauschen keine Problemchen zu Problemen auf, weil es ihnen zu gut geht und sie sonst keine Sorgen haben. Vielmehr fühlen sie sich nicht oder wenigstens nicht mehr hinreichend respektiert
- 30 und sind es darum offenbar leid, nur bei einer Wahlprognose wirklich noch zu zählen.

**SERIE LANGUES VIVANTES
ALLEMAND
ANALYSE LV2 TEXTE HORS
PROGRAMME**

Nach: *Stern*, 26.3.2012

Ein 'Coming-Out' des Islam

Gespräch mit Peter Heine, seit 1994 Prof. für Islamwissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin.

1	Journalistin: Herr Heine, Sie haben ein Buch über den Islam geschrieben. Spätestens seit dem 11. September 2001 bestimmt der radikale Islam die öffentlichen Diskussionen. Damals hieß es, man müsse die Religion erst kennen lernen, bevor man über ihre Probleme redet. War das Ihre Motivation, um Ihr Buch zu schreiben?
5	Heine: Das war sicherlich ausschlaggebend. Es gibt eine große Nachfrage nach Büchern über den Islam, aber die zeigen nur einen Teil einer Kultur ab, zu der 1,3 Milliarden Menschen gehören und die 1400 Jahre Tradition hat.
	Journalistin: Seit einiger Zeit diskutiert man in Deutschland sehr scharf den Bau neuer Moscheen, beispielsweise in Köln. Was sagt das über den Zustand des Islam in unserem Land aus?
10	Heine: Wir erleben zur Zeit ein "Coming-Out" des Islam. Die Zahl der Moscheen hat sich nicht erhöht. Aber die Muslime treten anders auf. Sie haben erkannt, dass sie auf Dauer Teil der Gesellschaft sind, daher wollen sie auch Moscheen nach ihrem Wunsch haben. Das ist grundsätzlich eine positive Entwicklung. Es mag konfrontativ wirken, stellt aber doch ein Zugehen auf die deutsche Gesellschaft dar.
15	Journalistin: Ist die Gesellschaft dafür reif? Heine: Nein. Das ist unser Problem. Die Gesellschaft betrachtet Religion grundsätzlich als Privatsache. Ein Moschee-Bau wendet sich an die Öffentlichkeit, was zu Irritationen führt.
20	Journalistin: In Ihrem Buch erwähnen Sie, dass der Kölner Kardinal Frings in den 1960er Jahren den Dom für das Freitagsgebet von Muslimen öffnete. Was wäre heute, wenn der aktuelle Kardinal so etwas entschiede? Heine: Das steht ja nun gar nicht zu befürchten. Die Debatten wären ganz anders. Ich könnte mir vorstellen, dass Muslime das nicht mehr wollen würden, um Konfrontationen über Identität zu wahren.
25	Journalistin: Aus der Biographie des Religionsstifters Muhammad erwuchs für alle Muslime das absolute Vorbild für ihre Lebensführung. Was bedeutet dieser Maßstab im Alltag? Heine: Fromme Muslime kennen sich mit dem Leben des Propheten sehr gut aus. Sein Beispiel ist sehr wichtig, ein hohes Ideal, das nicht zu erreichen ist. Aber man muss es versuchen.
30	Journalistin: Digitale Medien und das Internet werden zunehmend wichtig auch für islamische Inhalte. In Ihrem Buch erwarten Sie, dass die Unübersichtlichkeit des Islam infolge der globalen Kommunikation zurückgeht. Warum? Heine: Für diese These spricht, dass bestimmte Protagonisten zu wichtigen Medienfiguren im Islam avanciert sind. Sie gelten als Autoritäten. Ein Rechtsgelehrter zum Beispiel ist im Internet und im Satellitenfernsehen sehr präsent und vertritt orthodoxe Vorstellungen. An diese können sich Muslime leicht halten. Die globale Kommunikation hilft den Gläubigen. Muslime fragen sich häufig, was richtig ist und was falsch. Je schneller sie eine Antwort haben, desto besser.
35	
40	Journalistin: Welche Rolle können die islamischen Institutionen und der Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland dabei spielen? Heine: Das wichtigste ist, dass eine Sprecherinstitution entsteht. Dann haben wir die Muslime und die staatlichen Vertreter als Gesprächspartner. Der Dialog wird formaler und verlässlicher, man weiß dann, was man einander zumuten kann. Im Austausch der Positionen auf demokratischem Fundament wird sich der Islam zu einer weiteren, normalen Religion entwickeln, davon bin ich fest überzeugt.

Nach Stern 08.03.2012

**SERIE LANGUES VIVANTES
ALLEMAND
ANALYSE LV2 TEXTE HORS
PROGRAMME**

Mit aller Macht gegen Merkel
Adenauer-Enkel bekämpft Europa-Kurs

1	Er ist angetreten, um das "europapolitische Erbe" seines Großvaters zu retten. Der Enkel Konrad Adenauers, Stephan Werhahn, ist aus der CDU ausgestiegen und startet politisch gleich neu: Mit den freien Wählern will er den Europa-Kurs der Kanzlerin auf Bundesebene bekämpfen.
5	Er ist einer von 27 Enkeln des ersten Kanzlers der Republik, Konrad Adenauer. Er ist angetreten, um das "europapolitische Erbe" seines Großvaters zu retten: Konkret ist Stephan Werhahn von der CDU zu den Freien Wählern gewechselt, um der Europapolitik von Kanzlerin Angela Merkel entgegenzutreten.
10	"Die Gründerväter wie Robert Schumann, Alcide de Gasperi und Konrad Adenauer wollten ein starkes unabhängiges Europa aufbauen. Wir sind dabei, dies mit Schutzschirmen und Rettungsmilliarden zu demontieren", sagte der 59-Jährige am Dienstag.
15	"Europa ist auf der abschüssigen Bahn"
20	Werhahn kommt die Neuausrichtung der bislang vornehmlich kommunalpolitisch verankerten Freien Wähler gerade recht, sieht er doch Europa "auf einer abschüssigen Bahn". Die aktuelle Politik, mit immer neuen Rettungsgeldern die Defizite der europäischen Integrationspolitik aus der Vergangenheit zu kurieren, ist für ihn völlig inakzeptabel.
25	"Es fehlt die politische Legitimation für dieses Vorgehen", erläutert Werhahn und verweist auf "Rechtsbrüche" wie die Umgehung des Nicht-Beistandsgebots (No-Bail-Out) in den Verträgen zur Europäischen Union oder die Staatsanleihenkäufe und Notkredite der Europäischen Zentralbank. "Wir dürfen nicht für die Behebung eines drängenden Problems die Prinzipien opfern", findet Werhahn, der im Hauptberuf Partner des Finanzinvestors General Capital Group ist.
30	Bankenrettung hinten anstellen
35	Gemeinsam mit dem niederbayerischen Ingenieur Aiwanger, dem Hamburger Betriebswirt Henkel bildet der studierte Jurist und Ökonom aus dem Rheinland das "wirtschaftspolitische Kompetenzteam" der einzigen Partei, die sich offen gegen den demnächst im Bundestag zur Abstimmung stehenden permanenten Stabilitätsmechanismus (ESM) stellt. "Wir müssen erst die Notbremse ziehen, die bestehenden Verträge wieder einhalten und dann die Banken retten", formuliert Werhahn – eine Reihenfolge, die der Kapitalmarkt derzeit so nur nicht zulasse.
40	Dennoch, meint Werhahn, dürfe Deutschland "nicht weiter als Haftungsmasse für Europa missbraucht werden". Den Euro also opfern? "Nein, aber einzelne Staaten austreten lassen und ihnen für später den Weg zurück ebnen." Ein gefährliches Unterfangen mit möglichen Domino-Effekten, darüber ist sich Werhahn wohl völlig im Klaren.
45	Doch der einzige Adenauer-Enkel mit bundespolitischen Ambitionen will dafür nicht seine Überzeugung opfern: "Der Euro kann nur gerettet werden, wenn wir Ländern die Chance geben, sich über die Abwertung ihrer Währung anzupassen."

Nach *Süddeutsche Zeitung*, 05.06.2012

Brauchen wir die FDP noch?

Nein, wir brauchen die FDP nicht mehr. Von Bernd Ulrich

5 Eine Partei, die binnen zweier Jahre zwei Vorsitzende, zwei Fraktionschefs, zwei Generalsekretäre, zwei Vizekanzler, zwei Wirtschafts- und zwei Gesundheitsminister hatte, eine Partei, in der weder die Justizministerin noch der sonst stets populäre Außenminister reüssieren können – eine solche Partei hat kein Personalproblem. Die FDP wird einfach nicht mehr gebraucht, weder wirtschafts- noch gesellschaftspolitisch.

10 Jahrzehntlang war das anders. Als Westdeutschland sich in einer hautnahen Systemkonkurrenz mit dem Staatssozialismus befand, bestand ständig die Gefahr, denen da drüben zu ähnlich zu werden. Schließlich wollte man den eigenen Bürgern bei mehr Wohlstand und Freiheit fast genauso viel Sicherheit und Gleichheit bieten wie die DDR. Dauernd drohte daher auch im Westen eine milde Form des Staatssozialismus, wogegen im Zweifel nur eine Partei stand: die FDP.

15 Nach dem Fall der Mauer jedoch wurden die westlichen Gesellschaften kräftig von der globalisierten Weltwirtschaft durchgeblasen. Das war die neoliberale Phase. Politisch wurde sie von der rot-grünen Regierung ausgetragen, doch konnte die FDP hier immerhin noch als Avantgarde erscheinen. Zusätzlich hat sie mit ihrer Steuersenkungspolitik erfolgreich Staatsfeindlichkeit geschürt und den Egoismus der Mitte angereizt. So erklärt sich das anachronistische Zwischenhoch der Partei bis 2009.

20 Warum anachronistisch? Seit einiger Zeit befinden sich die Demokratien des Westens in einer neuen Systemkonkurrenz – mit umgekehrten Vorzeichen. Nicht mit dem Sozialismus steht man in Konkurrenz, sondern mit dem chinesischen Manchester-Kapitalismus sowie zu den global marodierenden Petro-Rubeln der Russen. Dieser Aufgabe kann man auf verschiedene Weise nachkommen, auf schwarze, rote oder grüne, theoretisch vielleicht sogar auf liberale Weise, doch hat die FDP bis dato nicht mal zur Kenntnis genommen, dass die Welt sich gedreht hat.

25 Parallel zur Wirtschaftspolitik hat sich die FDP auch in der Gesellschaftspolitik überflüssig gemacht. Der Individualismus, den einst nur die Liberalen vertreten haben, ist jetzt Allgemeingut. Einen wehrhaften Konservatismus, gegen den die FDP immer noch ihre Spiegelfechtereien veranstaltet, gibt es kaum noch. Es gibt keinen relevanten Kampf mehr zwischen Konservativen und Liberalen.

30 Ob es im Deutschland des 21. Jahrhunderts noch einen sinnvollen Platz für eine liberale Partei geben kann, das wissen wir nicht genau. Dass die FDP diese Partei nicht ist, das wissen wir allerdings. Denn sie nimmt die neue Realität nicht einmal wahr, sie ist (neben den Linken) die letzte ideologische Partei, eine Formation des 20. Jahrhunderts.

**SERIE LANGUES VIVANTES
ALLEMAND
ANALYSE LV2 TEXTE HORS
PROGRAMME**

Nach: *Die Zeit*, 6.1.2012

**SERIE LANGUES VIVANTES
ALLEMAND
ANALYSE LV2 TEXTE HORS
PROGRAMME**

**Endlich Ruhe im Sturm
Noch 201 Tage bis zum Weltuntergang am 21. Dezember.**

1	Eine erstaunliche Ruhe ist eingetreten um den in diesem Jahr erwarteten Weltuntergang. Dabei handelt es sich diesmal um ein Datum, das nicht nur dunkel gekleidete Randgruppen in Endzeitpartystimmung versetzt. Vom Nachrichtensprecher bis zum Gebrauchtwagenhändler, von der Krankenschwester bis zum Sachbearbeiter im Jobcenter,
5	alle sind sich darüber im Klaren, dass der Bewilligungszeitraum womöglich am 21. Dezember 2012 endet.
10	Den letzten großen Hype um das magische Datum, an dem die Sterne alle in einer Reihe stehen und anschließend in einem gigantischen Sonnensturm verglühen sollen, gab es rund um den 21. Dezember 2011. Aber seither bekam der Weltuntergang, abgesehen vom abgeschmackten Versuch eines Parfümherstellers, dem Thema mit einer Werbekampagne für eine „Final Edition“ noch etwas Geld abzupressen, kaum noch nennenswerte mediale Beachtung.
15	Dabei scheinen sich diesmal statt der üblichen Einzelexpertenmeinung des Allzweckwahrsagers Nostradamus die Zukunftsversther aller Zeiten und Schichten auf ein Datum geeinigt zu haben. Ob es nun Maya, Inka, <i>Petra</i> , <i>Brigitte</i> , Bibel, Nasa, CIA, Roland Emmerich, Martin Walsler oder weite Teile der Piratenpartei sind, sie alle raten davon ab, am 21. Dezember das Haus zu verlassen, würden aber auch niemandem empfehlen, dort zu bleiben. Immerhin soll an diesem Tag ein bislang ungekannter Kometenhagel von bis zu
20	5000 glühenden Himmelskörpern auf die geschundene Erde niederprasseln.
25	Andere erwarten Stromausfälle aufgrund verstärkter Sonnenaktivität, die sich in einer fatalen Kettenreaktion zu einem großen, allumfassenden Stromausfall verbinden und so die Menschheit logistisch in die Knie zwingen. Wieder andere erklären, dass das Magnetfeld der Erde nachgibt und wir alle ins All geschleudert werden.
30	Doch das wahrscheinlichste Szenario ist immer noch das bereits im Kino gesehene apokalyptische Hölleninferno, bei dem sich die Erde auf tut und Hochhäuser, Sehenswürdigkeiten, Autobahnkreuze und alles Lebendige gleichermaßen verschlingt und nebenbei trotzdem noch Platz lässt, um einer ausgesuchten Familie die spektakuläre Flucht erst im Auto und schließlich im klapprigen Privatjet zu ermöglichen. Wenn alles umgegraben ist und sich niemand mehr bewegt, wird die ganze Chose inklusive der ausgesuchten Familie, für die keine luftfahrtgerechte Landepiste mehr vorhanden ist, von einer gigantischen Flutwelle überschwemmt. Nach wenigen Minuten ist alles still. Ein
35	schöner Effekt wäre es noch, wenn zuletzt die Kuppel des Berliner Fernsehturms in die schmutzige Brühe plumpst.
40	Zumindest in Berlin laufen die Vorbereitungen für genau diesen Ablauf der Ereignisse jedenfalls auf Hochtouren. So war dieser Tage die Meldung zu lesen, die Sanierung der Stadtautobahn Avus solle anstatt im Herbst 2013 nun schon in diesem Jahr beendet werden, ganz nach dem Motto: Ohne freie Autobahn keine filmreife Flucht aus der Stadt à la Roland Emmerich. Wann aber wurde zuletzt ein größeres Bauvorhaben zu früh abgeschlossen? Besondere Zeiten scheinen eben besondere Prioritäten zu erfordern.
45	

Nach *Tageszeitung*, 2.6.2012

Direkte Demokratie – Volkes Wille ohne Willkür

1	"Direkte Demokratie verhindert Wut", erklärte unlängst der ehemalige Schweizer Bundesrat Moritz Leuenberger. Eines ist sicher: Der Direktdemokratie kommt zweifellos eine Ventilwirkung zu. Allein schon die Möglichkeit der unmittelbaren Mitwirkung erhöht die Akzeptanz politischer Entscheidungen. Historiker, Politologen
5	und Staatsrechtler betonen denn auch zu Recht die partizipativen und integrativen Leistungen dieses Demokratiemodells – und selbst ergebnisorientierte Politikökonomen stellen ihm im internationalen Vergleich wieder gute Noten aus. Die direkte Mitsprache der Stimmbürger ist ausserdem ein identitätsstiftender Kern der Schweizer Demokratie. Das ist gut so – soll aber nicht davon abhalten, die Funktionsfähigkeit des Systems
10	sorgsam im Auge zu behalten.
	Denn es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Umsetzung direktdemokratischer Entscheidungen häufiger Schwierigkeiten bereitet. Nicht die Volksrechte an sich sind das Problem, sondern vielmehr Aufweichungen an ihrem Fundament: Erstens erodiert im Innern die der Konkordanz zugrunde liegende politische Kultur des Ausgleichs,
15	zweitens steigt als Folge entgrenzter politischer Handlungsräume der Anpassungsdruck von aussen.
	Zunächst zu Letzterem: Erblüht ist die moderne Demokratie im nationalstaatlichen Rahmen, doch dieser verliert als massgeblicher Ort der Entscheidungsfindung zusehends an Bedeutung – was an der Substanz der Demokratie kratzt. Demokratische Strukturen im
20	übernationalen Raum sind bisher diffus geblieben. Von einer europäischen Demokratie beispielsweise kann nicht die Rede sein, trotz den dahin exportierten Institutionen der parlamentarischen Demokratie.
	Neben diesem äusseren Wandel (und teilweise damit verbunden) steht die direkte Demokratie auch im Innern vor veränderten Herausforderungen. Seit ihrer Einführung
25	1891 sind auf nationaler Ebene 177 Volksinitiativen zur Abstimmung gekommen, lediglich 19 wurden angenommen. Der staatskundliche Lehrsatz, wonach Volksinitiativen in aller Regel nur mittelbaren Einfluss auf die Rechtsetzung haben, weicht sich zusehends auf. Es mehren sich "überraschende" Ja-Mehrheiten für
30	Volksinitiativen. Jüngere Beispiele sind etwa das Minarettverbot oder unlängst die Zweitwohnungsinitiative. Wie auch immer: Die Chancen sind gestiegen, auch gegen das Gros des politischen und wirtschaftlichen Establishments Volksmehrheiten für ein populäres Anliegen zu finden.
	Will man die Funktionstüchtigkeit der Direktdemokratie auf Dauer erhalten, wäre also
35	erstens mehr Sorgfalt erforderlich. Der Blick aufs Ganze ist gefragt. Angesprochen sind nicht nur Parteien und Behörden, sondern auch die Stimmbürger. Die Volksrechte liegen am Ursprung der Konkordanz, Konkordanz ihrerseits lebt vom Kompromiss. Schliesslich ist zu akzeptieren, dass die Schweiz nicht das Zentrum der Welt ist. Unsere Direktdemokratie lässt sich eben nicht exportieren.
	Nach <i>Neue Zürcher Zeitung</i> , 16.06.2012

Liechtenstein an der Rio+20-Konferenz

1	Die UNO-Nachhaltigkeitskonferenz (Rio+20) findet vom 20. bis zum 22. Juni 2012 auf höchster politischer Ebene in Rio de Janeiro statt – zwanzig Jahre nach dem Erdgipfel 1992 an selber Stelle. Liechtenstein ist durch eine Delegation vertreten.
5	Die Konferenz soll den politischen Grundstein zu nachhaltiger Entwicklung für die nächsten Generationen legen. Dabei soll ein weltweiter Übergang zu einer Grünen Wirtschaft angestossen werden, welche die Überwindung von Armut und die nachhaltige Verwendung von Ressourcen zum Ziel hat. Zu zahlreichen Themen sollen politische Einigungen gefunden werden, welche einen konkreten Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit leisten sollen, so etwa zum Schutz der Wälder, der Weltmeere, der Biodiversität, aber auch zu nachhaltigerem Konsumverhalten. Als ein Hauptergebnis der
10	Konferenz zeichnet sich die Lancierung eines Prozesses ab, der bis 2015 globale Nachhaltigkeitsziele hervorbringen soll, an welchen die Massnahmen der internationalen Gemeinschaft und jedes einzelnen Staates gemessen werden können.
15	Die liechtensteinische Delegation zur Rio+20-Konferenz wird von Botschafter Martin Frick, Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, geleitet. Bereits seit Januar ist Liechtenstein aktiv an den Verhandlungen zum Ergebnisdokument beteiligt. Die Möglichkeiten für eine Einigung sind derzeit intakt, inhaltlich dürfte das Resultat für ambitionierte Delegationen wie Liechtenstein jedoch eher ernüchternd ausfallen.
20	Im Rahmen der Verhandlungen zum Ergebnisdokument setzt sich Liechtenstein besonders dafür ein, dass der Schutz und die Förderung der Menschenrechte, von Geschlechtergleichstellung, guter Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit als Grundlagen für nachhaltige Entwicklung akzeptiert werden. Liechtenstein setzt sich auch dafür ein, dass die Rio+20- Konferenz zur Stärkung der zentralen Rolle der UNO im System der globalen Gouvernanz beiträgt. Die Universalität der UNO ist ein
25	zentraler Garant dafür, dass Liechtensteins Stimme auch in Zukunft auf internationaler Ebene wahrgenommen wird.
30	Ein weiteres wichtiges Anliegen Liechtensteins ist die bessere Koordination der verschiedenen 1992 in Rio und in den Folgejahren geschaffenen Umweltabkommen, um den Berichterstattungs- und Mitarbeitaufwand, insbesondere für kleinere Administrationen, zu verringern.
35	Es ist derzeit leider davon auszugehen, dass weitreichende Einigungen zum Übergang zu einer Grünen Wirtschaft ausbleiben werden. Liechtenstein hat bereits im Vorfeld der Rio+20-Konferenz zusammen mit der Schweiz und weiteren Partnern eine erfolgreiche Veranstaltung organisiert, an welcher Erfahrungen mit nationalen Indikatorensystemen zur Messung von nachhaltiger Entwicklung ausgetauscht und Herausforderungen im Umgang mit neuen Konzepten wie "Grüne Wirtschaft" oder "Grünes Wachstum" diskutiert wurden.
	<i>Nach Volksblatt. Die Tageszeitung für Liechtenstein, 17.06.2012</i>

SERIE LANGUES VIVANTES
ALLEMAND
ANALYSE LV2 TEXTE HORS
PROGRAMME

SERIE SC. HUMAINES ALLEMAND

ENS DE LYON - Concours Sciences humaines - Session 2012

Epreuve d'admission : *Langue vivante - Allemand*

ANALYSE ET COMMENTAIRE

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

Nur die Ruhe

Bremsen, nachdenken, umsteigen: Die rasende Moderne beginnt mit ihrer Selbstreparatur.

Drei Kutschen führen im 16. Jahrhundert durch Paris, eine für den König, eine für die Königin und eine für einen sehr dicken Adligen, der für ein Pferd zu schwer war. Das Leben ging gemächlich, beschwerlich zu Fuß. Dann setzte sich langsam die Moderne in Bewegung. Noch 400 Jahre, und jeder rast von hier nach da, auf Straßen, Schienen, durch Läden, im Netz. Überallhin.

Der Historiker Reinhart Koselleck hat diese Beschleunigung beschrieben, der Soziologe Hartmut Rosa hat die Befunde zu einer Theorie der Moderne verdichtet: Am vorläufigen Ende dieser Moderne stehen wir heute, schwindlig vor Mails, powershoppend, erschöpft und wütend nach Auszeiten suchend, erleichtert über jede Flugpause, die ein isländischer Vulkan in das lärmende Übliche zwingt. Zwar geht alles schneller, doch soll auch immer mehr an Begebenheiten, Produkten und Tätigkeiten in eine Stunde passen. Jedes Neue verdampft, bevor wir es gespürt und begriffen hätten, und immer mehr Ressourcen verschlingt der Heißhunger nach augenblicks schon Vergangenen: Das ist die Clownsfratze der Epoche, von der Kant einst hoffte, dass »die Zeiten, in denen gleiche Fortschritte geschehen, hoffentlich immer kürzer werden«. Und wer nicht mithält, der wird ausgespien, der hat Zeit. Für viele bedeutet das, siehe Tottenham: unendlich viel unerträglich langsam verstreichende Zeit ohne Arbeit.

Seit Beginn der Moderne geht das nun so, dass die sich beschleunigende Zeit die Akteure zusehends verwirrt und auch lahmlegt. Als Menschen in Europa ihre Geschichte immer mehr selbst in die Hand nehmen wollten, rational und effizient und mit wachsendem Leistungsbewusstsein, fing die Zeit an, immer schneller, immer knapper zu werden. Der treibende Faktor der Moderne, die Beschleunigung, ließ sie schrumpfen: Allein zwischen 1814 und 1848 hat sich die Geschwindigkeit von Kutschen in Frankreich von 4,5 Stundenkilometern auf 9,5 verdoppelt, weil der Staat unterdessen tempotaugliche Straßennetze gebaut hatte.

Die europäischen Gesellschaften wurden, noch bevor die industrielle Revolution und der Kapitalismus alle Produktion in rasende Verwertungsinteressen einspeiste, auf eigene Faust

neugierig, und umso mehr Wissen musste immer zügiger in die Köpfe hineinpassen: Im Jahr 1740 sind etwa 600 Tierarten bekannt und hundert Jahre darauf allein 2400 Schlupfwespenarten. Die Zahl der Periodika steigt seit 1750 exponentiell, sodass Goethe schon 1797 nach Gesprächen in Jena mit Humboldt, Fichte, Schelling stöhnt: »Unglaublich aber ist's, was für ein Treiben die wissenschaftlichen Dinge herumpeitscht und mit welcher Schnelligkeit die jungen Leute das, was sich erwerben lässt, ergreifen.« Die Zeit überschlage sich wie ein Stein vom Berg herunter, und man wisse nicht, »wo sie hinkommt und wo man ist«.

So und ähnlich klingt das Lamento über die hochbeschleunigte Moderne bis heute: weil in den Tag immer mehr hineingedrängt werden soll, die möglichst selbstbestimmte Tätigkeit möglichst originell sein möge und der Wettbewerb nichts verschont, sodass er, wie die Soziologin Eva Illouz gezeigt hat, selbst die intimsten Gefühle regiert und all die Einzelnen, die auf ihren Rennstrecken dahintreiben, sich kaum noch steuern können. Neu ist das nicht. Die Flüchtigkeit der Mode war schon um 1800 ein beherrschendes Thema. Aber es geht eben immer noch etwas wahnwitziger: Vor 20 Jahren kaufte sich ein Amerikaner im Schnitt 34 Kleidungsstücke pro Jahr, heute müssen es doppelt so viele sein. Das heißt: fast alle fünf Tage ein neues, Strümpfe nicht mitgezählt, und da dies für alle Lebensbereiche gilt, hat das Gerenne und Gehetze kein Ende. [...]

Jetzt aber sind mitten im Kapitalismus Gegenbewegungen sichtbar. Das kluge Bremsen, Diversifizieren und Umsteigen organisiert sich. Auf und neben den Märkten nisten sich, hoch individualisiert und technisch versiert, Formen der Gemeinwirtschaft, des Leasens, Umnutzens, Reparierens, Pausemachens und Erfindens ein. [...]

In Europa verzichtet, wer es sich leisten kann, auf Gehalt, nimmt ein Sabbatical und kauft wenige, langlebige Güter. Öffentliche Stadtgrundstücke werden bepflanzt und gemeinsam genutzt, hier und da entsteht neue Subsistenzwirtschaft, um die Existenz von den klebrigen Folien zu befreien, in die jeder Pfifferling verschweißt ist, und für das Gefühl, am Tage irgendetwas Sinnvolles zu tun. Die Akademikerin, die lieber für ein paar Hundert Euro auf dem Land zur Miete wohnt, als sich in der Stadt durch die Hamsterräder zu jagen, hat in der Erbgesellschaft durchaus eine Zukunft [...].

In Baden-Württemberg gründen sich Energie-Genossenschaften, um lokale Ressourcen auch lokal zu nutzen und kleine Einkommen erwirtschaften zu lassen, [...], in ganz normalen Unternehmen verabreden Männer, dass jeder von ihnen nur noch 80 Prozent arbeiten will: freiwillige Selbstbegrenzung. Das also kann die Moderne auch: Sie versucht, mit all ihren Widersprüchen, sich selbst zu reparieren.

Elisabeth von Thadden

Die Zeit, 26.08.2011

Epreuve d'admission : *Langue vivante - Allemand*

ANALYSE ET COMMENTAIRE

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

Das Ende des Osis

Zwei Zonen-Kinder haben es geschafft: Joachim Gauck und Angela Merkel beenden die Mär von der ostdeutschen Opferrolle.

Zwei große Erzählungen voller Wendungen und Fügungen kannte die deutsche Politik nach 1945: die Geschichte des vaterlosen Antifaschisten Willy Brandt, der 1933 emigrieren musste und mehr als drei Jahrzehnte später Bundeskanzler jener Deutschen wurde, die einst Hitler gewählt hatten. Und die 68er-Geschichte um Joschka Fischer und Co., die als Spontis, Maoisten und Revolutionäre einst das System stürzen wollten, um ebenfalls drei Jahrzehnte später sich an dessen Spitze zu tummeln.

Seit Sonntag ist eine dritte romantische Erzählung hinzugekommen: die der Ostdeutschen Angela Merkel und Joachim Gauck, die beide einst neu und als Außenseiter an Bord der Bundesrepublik kamen und doch auf die Kommandobrücke des Staatsschiffs gelangten. Zuvor hatten sie, lange eingemauert in einer Diktatur, diese erfolgreich gestürzt, sich blitzschnell mit den Westdeutschen vereint, um anschließend nicht sonderlich ambitioniert in Nebenrollen zu verharren, während die dominanten Profis aus der alten Bundesrepublik weiterhin die Bühne beherrschten.

Dass bereits 15 Jahre nach der Einheit eine Ostdeutsche Kanzlerin aller Deutschen werden konnte, war schon damals das viel bestaunte, oft kommentierte Politwunder. Aber erst jetzt, wenn Joachim Gauck von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gewählt wird, ist der ostdeutsche Triumph perfekt und kein Einzelfall mehr: zwei Zonenkinder an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland, jener großen kapitalistischen Industrienation – es wäre 1990 kaum vorstellbar gewesen. Höhnisch mokierten sich damals westdeutsche Politiker über die »Laienspieler« in der am 18. März 1990 erstmals frei gewählten Volkskammer, dem DDR-Parlament. Als Abgeordneter saß darin auch Pastor Gauck für das oppositionelle Bündnis 90; Angela Merkel vom Demokratischen Aufbruch wurde stellvertretende Regierungssprecherin unter Ministerpräsident Lothar de Maizière. [...]

Merkel und Gauck haben, aus einem anderen Land kommend, einen schnelleren Marsch durch die Institutionen hingelegt als jeder 68er. [...] Auch wenn die nüchterne Merkel den pathetischen Gauck bis zuletzt nicht gewollt hat: Das Duo wird sich demnächst im Schloss Bellevue schon gelegentlich kneifen, ob sie nicht doch alles träumen und jeden Moment wieder im Labor des Zentralinstituts für physikalische Chemie der Ostberliner Akademie der Wissenschaften oder während einer Gemeindegemeinderatssitzung in Rostock-Evershagen aufwachen.

Über die Gründe für den Erfolg beider, die in Herkunft und Habitus den bundesdeutschen Eliten spürbar fremd sind, kann man lange diskutieren. Zufall oder Erschöpfung des überkommenen Establishments? Gewiss wird auch die Sehnsucht einer Mediengesellschaft nach Exotik und vermeintlicher Authentizität bald diagnostiziert werden. Aber erst der internationale Vergleich macht die Sache interessant: Franzosen und Engländer können angesichts der Durchlässigkeit unseres Systems nur neidvoll erblassen. Am Ende symbolisiert das künftige Duo an der Staatsspitze vor allem eines: die bemerkenswerte Erfolgsstory der ostdeutschen Integration seit 1989.

Nützlich war dabei paradoxerweise die westliche Ignoranz, die in ihrem oberflächlichen, fremdelnden Blick auf den Osten seine Durchsetzungskraft unterschätzt hat. Rückblickend war sein Jammern ein geschickter Schachzug: Die Dynamik und Leistungsbereitschaft der Klagenden verbarg sich hinter den Gesängen von Benachteiligung und Biografien-Entwertung. Für einen säkularen Epochenbruch mit Systemabsturz verfielen erstaunlich wenige in anhaltende Depressionen; sie berappelten sich rasch. Die Stärke, mit der die eigene Schwäche behauptet wurde, hätte immer schon misstrauisch machen können. Das Jammern funktionierte wie jeder therapeutische Diskurs als Stabilisierungsmittel, das sogar die Milliarden des Solidaritätszuschlags einbringen konnte.

Auch die Erfindung einer ostdeutschen Identität in den späten neunziger Jahren gehörte zu den cleveren Integrationsstrategien. Die Unterschiede im Osten waren von jeher viel zu groß, als dass gemeinsame Erfahrungen für eine Identität gereicht hätten. Aber das Label Ost funktionierte perfekt im alltäglichen Kampf um Aufmerksamkeit und Anerkennung. [...]

Im Rückblick wird man dermaleinst die Dialektik in [Merkels und Gaucks] Triumph erkennen: Weil nach oben alles erreicht ist, bedeutet er auch das Ende der ostdeutschen Identität. Das Integrationsziel ist erreicht. Den unter 30-Jährigen werden ohnehin die identitären Formeln schon herzlich egal. Gauck und Merkel an der Spitze: auch das ein Ergebnis der Revolution von 1989, die Deutschlands Antlitz mehr verändert hat, als eingefleischte Bundesrepublikaner sich und anderen suggerieren wollten. Die Last der Verantwortung tragen jetzt aber auch wir Zonenkinder völlig gleichberechtigt und ohne Ausreden.

Alexander Cammann

Die Zeit, 24.02.2012

Epreuve d'admission : *Langue vivante – Allemand*

ANALYSE ET COMMENTAIRE

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

Und: Boing!

Frauen scheitern beim Aufstieg im Beruf – an der »Glasdecke«, heißt es. Was könnte damit gemeint sein? Eine Spurensuche.

[...] »Was wird aus einer jungen Frau, die die besten Voraussetzungen mitbringt, in der Wirtschaft eine große Karriere zu machen?«, fragte neulich ein Autor der *Süddeutschen Zeitung*. »Wird sie es schaffen? Oder wird sie gegen gläserne Decken stoßen?« In der *Tageszeitung* der erschreckte Ausruf: »Gläserne Decke spät erkannt!« Also wo ist sie, die gläserne Decke?

Die Glasdecke ist die große Unsichtbare im Kampf der Geschlechter, eine mysteriöse Gestalt in diesem Gerangel um Einfluss, Macht und Geld. Klar: Glas ist ja sehr durchsichtig. Der zitierte Zeitungsartikel, Autor: männlich, bebt vor Sorge um eine Helena, die sich auf den Weg nach oben gemacht hat, welche Gefahr! Diese schreckliche Decke! Niemand will sie. Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, spricht von der »beschämenden Ungleichheit zwischen Frauen und Männern«. Viele Leute fordern die Quote, als Vorschlaghammer, um Glasdecken zu zertrümmern, die verhindern, dass mehr als drei Prozent Frauen in die oberen Chefetagen der großen Unternehmen gelangen. Vor Weihnachten der Berliner Aufruf namhafter Politikerinnen, jetzt in Hamburg die Initiative Pro Quote, vor drei Wochen waren es rund 1.000 Journalistinnen, heute sind es schon fast 3.000, die eine Quote in den Medien fordern, es ist eine Woge, für diese Woche droht EU-Abgeordnete Viviane Reding in Brüssel mit einem Gesetzesentwurf, der eine Quote europaweit verbindlich macht – strafbewehrt. Aber was hilft es, wenn die Quote da ist – und niemand weiß, wo die verdammte Glasdecke ist, gegen die sie sich wendet? [...]

Das Bild der Glasdecke ist ein Bild von ergreifender Harmlosigkeit. Riecht nicht, wirkt so sauber. Obwohl doch seit Jahren Frauenköpfe dagegenkrachen, da müsste Geschmiere von Lippenstift sein, tieftraurigschwarze Mascara vom ewigen Anstoßen so vieler hoffnungsvoll nach oben gerichteter Frauengesichter sein. Glas ist gefühllos.

Glas ist eine unerbittliche Härte eigen. Die Glasdecke suggeriert eine materialimmanente Abwehr, für die niemand etwas kann. Alle bemühen sich doch. Auch Männer. Gerade die männliche Führungskraft. Scheitert jeden Tag im Bemühen, Frauen für Führungspositionen zu rekrutieren. Die Berichte über ihre Anstrengung sind eine klagende Melodie, die den Nichtaufstieg von Frauen begleitet. Man findet keine! Keine will! Oberhalb der Glasdecke ist so viel Licht, dass es die Aspirationen und Leistungen von Frauen wegspiegelt. Die Glasdecke ist natürlich auch eine Drohung, die sagt: Vorsicht! Aufknallgefahr! [...]

Die Verteidigung der Männerquotenzone darf man sich [also] nicht einfach vorstellen. Als Strategie der Abwehr von Frauen hat sich bewährt – die Förderung junger Frauen. Ein schönes Projekt. Junge Frauen fühlen sich großartig, der Förderer strahlt im Kreise junger Talente. Man muss auf diese besondere Tonlage lauschen, hier über Helena: »Hinter ihrem Café Crème wirkt sie zierlich, aber keineswegs zerbrechlich. Auf eine trainierte Weise ist sie reif und besonnen. Manchmal sucht man dahinter das junge Mädchen.« [...]

Neulich wagte es eine Frau zu reden, es war die frühere Gesundheitsministerin Andrea Fischer, die in einer TV-Dokumentation von Mobbing erzählte. Über die Ausgrenzung. Die heimliche Diffamierung, diese Andeutungen von: so emotional, diese Frau, überfordert, hysterisch. Wie die Jungs ein Rudel bildeten, Fischer sagte, es habe gedauert, bis sie sich davon erholt hatte.

Was hatte zur Hatz gereizt? Nun, unter einer Glasdecke herrscht tropisches Klima. Dort wuchern die Dinge, etwa die Bedeutung des Geschlechts. Das Geschlecht hat viele Vorteile, für Frauen modische, für Männer sportliche, ob man Bach mag, Picasso oder Rotwein, ist aber geschlechtsneutral. Am Arbeitsplatz nur erreicht das Geschlecht eine aberwitzige Dimension.

Frauen können klug sein, gebildet – nichts kann den Effekt ihres Geschlechts überragen. Eine Frau kann weiblich auftreten – wovon Karriereberater abraten – oder nicht, in beiden Fällen ist sie ihrem Geschlecht ausgeliefert: als weiblich gebrandmarkt oder als unweiblich verlacht. Ein Mann muss noch nicht mal männlich wirken, um als Mann durchzugehen, etwa durch die Luke in der Glasdecke nach oben. Was aber bedeutet es für eine Frau, für ihr Verhältnis zu ihrem Geschlecht, dass sich gerade ihre Weiblichkeit als so nachteilig erweist? [...]

Susanne Mayer

Die Zeit, 31.03.2012

Epreuve d'admission : *Langue vivante – Allemand*

ANALYSE ET COMMENTAIRE

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

Nix war früher besser

Schon wieder führen sich die Kritiker von Facebook auf, als drohe der Untergang des Abendlandes. Das nervt.

Ein Gespenst geht um, und wer auf sich hält, warnt vor seiner Gefährlichkeit: der Algorithmus. Was früher einmal die Kulturindustrie war, der Verblendungszusammenhang oder das Kapital, das ist heute der Algorithmus. Also eine latente Struktur, die uns steuert, ohne dass wir es merken, ein abstraktes Prinzip, das nur die (wenigen) Aufgeklärten durchschauen, während die (vielen) Dummen in sein Netz gehen.

Algorithmen gab es schon immer, waren früher aber eher etwas für Mathe-Freaks. Heute ist der Algorithmus zur beliebtesten Münze der Gesellschaftskritik geworden. Wenn man in einer gebildeten Runde fragt, was die Macht ist, die uns manipuliert, wird an erster Stelle der Algorithmus genannt. Er ist zur Metapher geworden für das Internet, das alle Informationen, die wir einspeisen, speichert, sortiert und qualifiziert, um hinter unserem Rücken eine Matrix zu erstellen, in der wir gefangen sind wie die Fliege im Spinnennetz. Aus selbstbestimmten Individuen werden Persönlichkeitsprofile für die Werbewirtschaft. Der Algorithmus ist aus dieser Sicht eine dunkle Macht, die uns entmündigt, und wo wir noch glauben, ganz frei eine bestimmte Einspielung eines Beethoven-Streichquartetts herunterzuladen, hat in Wahrheit der Algorithmus unsere Hand geführt, der unseren Musikgeschmack besser kennt als wir selbst.

Die Verkörperung der Macht der Algorithmen, die uns im Moment am meisten umtreibt, ist Facebook. Hatten unsere Ängste vor dem totalitären Zugriff des Internets noch vor Kurzem Google gegolten, werden sie heute auf Facebook projiziert. Das hat vor allem damit zu tun, dass sich bei Facebook die innigsten seelisch-kommunikativen Bedürfnisse des Menschen mit der digitalen Technologie so anschiemig verbunden haben wie in keiner anderen Internet-Anwendung. Deshalb fürchten viele um ihre Seele und darum, dass die Menschheit sich an ihrem zartesten Punkt einem Netzmonopolisten ausliefert. Wobei man feststellen muss: Die Sorge ums Seelenheil ist bei denen am größten, die noch nie einen Schritt in Richtung Facebook getan haben. Das Bild, das sie

dabei von den Usern entworfen, ist von verächtlicher Abwehr gezeichnet: digitaler Plebs, der die bürgerliche Unterscheidung zwischen privat und öffentlich verlernt habe. [...]

Der wiederkehrende Hauptvorwurf all jener, die den Menschen bei Facebook auf Abwegen sehen, lautet : Authentischer Austausch zwischen Menschen würde aufgegeben zugunsten oberflächlicher, virtueller Kommunikation. »Verliert nicht das«, schreibt Nina Pauer, »an Gewicht, was pausenlos abgefilmt, aufgenommen und kommentiert wird?« Hier sind wir im Herzen des Anti-Facebook-Ressentiments, das ein schlichtes kulturkritisches Argument wieder und wieder variiert: dass wir an einer Entgrenzung von Kommunikation leiden. Dass in der Gesellschaft insgesamt ein Exhibitionismus herrsche, der von Facebook auf die Spitze getrieben würde. Dass das narzisstische Selbst auf dem Vormarsch sei. Und dass kein Mensch die Nichtigkeiten, die da ausgetauscht würden, wirklich brauche.

Dies Argument erinnert einen an Leute, die sich auf Partys über oberflächlichen Small Talk lustig machen. Man fürchtet diese Leute, denn es sind just die, deren Konversation jeder Esprit fehlt. Zugegeben, nicht jedes Posting ist eine kulturelle Sternstunde, aber auch das analoge Leben besteht nicht nur aus geistigen Höchstleistungen. Es geht auch um Zerstreuung. Die Zerstreuung mit Facebook ist produktiver als die vor dem Fernseher, weil man selber etwas hervorbringt. Kommunikation ist immer auch das Austesten und spielerische Entwerfen der Persönlichkeit, ist Brückenschlagen zu anderen und Integration in eine Gemeinschaft: Das leistet virtuelle Kommunikation nicht schlechter als die sogenannte reale. Sie ersetzt ja auch nicht die reale Begegnung, sondern bahnt sie mitunter an. [...]

Die Kritiker von Facebook unterscheiden implizit zwischen hochwertiger und niederwertiger Kommunikation. Es gibt ein Reden, das der Authentizität des Menschen gerecht wird, und ein Reden, das den Menschen zur Sprechblase herabwürdigt. Facebook wird stets der niederwertigen Kommunikation zugeordnet. Dabei kenne ich kein Kriterium, das diese Unterscheidung steuert. Ich mache nur die Beobachtung, dass die meisten Menschen ihr eigenes Reden (besonders wenn es eine Klage über niederwertiges Reden ist) für hochwertig halten. [...]

Ijoma Mangold

Die Zeit, 09.10.2011

Epreuve d'admission : Langue vivante - Allemand

ANALYSE ET COMMENTAIRE

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

Deutschland ohne Ausländer

1/2

"Ausländer raus!" steht an mancher Häuserwand. Was würde die Umsetzung dieser Hetzparole konkret bedeuten? Zwei Autoren haben das Szenario – nicht ganz – zu Ende gedacht.

Die Journalisten Pitt von Bebenburg und Matthias Thieme haben in ihrem Buch *Deutschland ohne Ausländer – Ein Szenario* folgendes Planspiel entworfen: Was würde es für den Arbeitsmarkt bedeuten, die Wirtschaft, für die Steuereinnahmen und Sozialsysteme, für die Familien, für das Bildungssystem, für das Verhältnis Deutschlands zur internationalen Gemeinschaft, wenn alle sieben Millionen Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ausgewiesen würden?

"Ausländer raus" sagen vielleicht nur wenige laut. Meinungsforscher stellen aber fest, dass sehr viele Menschen, etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung, der pauschalen Aussage zustimmen, es gäbe zu viele Ausländer in Deutschland.

Deshalb kamen Bebenburg und Thieme auf die Idee, eine fiktive rechtspopulistische Regierung ins Amt zu setzen, die alle Menschen mit ausländischem Pass radikal des Landes verweist – auch alle EU-Bürger und alle Menschen, die mit deutschen Partnern verheiratet sind. Die Autoren befragten dazu Experten und beschreiben die katastrophalen Folgen für alle möglichen Lebensbereiche sehr anschaulich. Und doch wird das Buch keinen Rassisten zur Vernunft bringen.

Zusammenbruch im Arbeitsleben

Das Autorenteam beschreibt, wie zunächst einmal das Arbeitsleben in vielen Bereichen zusammenbrechen würde: in Pflegeeinrichtungen, an Flughäfen, in der Gastronomie, im Reinigungsservice, in der Automobilindustrie – also überall dort, wo überdurchschnittlich viele Ausländer arbeiten.

Ohne Migranten müssten Pflegeheime und ambulante Pflegedienste beispielsweise die Versorgung der Alten und Pflegebedürftigen auf ein Minimum reduzieren. Viele Menschen, die jetzt ambulant versorgt werden, würden in Pflegeeinrichtungen überwiesen werden. Da aber auch in den Heimen das Personal wegbrechen würde, könnten die Pflegebedürftigen gar nicht aufgenommen werden. Also müssten Verwandte einspringen und ihre Berufstätigkeit aufgeben oder erheblich reduzieren.

Ein weiteres Beispiel wäre die Bankwirtschaft, die international agiert und im mittleren und oberen Management besonders viele Ausländer beschäftigt. Eine Ausweisung von Ausländern hätte zur Folge, dass ganze Geschäftsbereiche in Deutschland aufgegeben werden müssten. Ausländische

Banken würden ihre Filialen ganz schließen. All dies hätte enorme Auswirkungen auf die Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft. Die wiederum ist gar nicht so rein deutsch wie man denkt. Aktiengesellschaften wie Daimler, Bayer oder E.On gehören mehrheitlich ausländischen Anlegern. Diese würden in einem solchen Szenario ihr Kapital zurückziehen, was einen Börsencrash zur Folge hätte.

Zu wenige Steuern und Sozialabgaben

Den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden würden Steuereinnahmen von 50 Milliarden Euro entgehen und die Bruttoinlandsproduktion würde jährlich um 150 bis 200 Milliarden Euro schrumpfen. Die Folge wären höhere Steuern und Sozialabgaben und ein höheres Renteneintrittsalter für die verbleibende Bevölkerung. Spätestens hier merkt der Leser, welche tief greifenden Konsequenzen die leichtfertige Vertreibung aller vordergründig Fremden hätte.

Doch dabei bleibt es nicht. Ein derart massiver Eingriff in das gesellschaftliche Leben würde in unserer globalisierten Welt eine Kettenreaktion ungeahnten Ausmaßes auslösen. Man merkt den in dem Buch befragten Experten an, dass sie um Fassung ringen, wenn sie die Folgen eines solchen Gedankenspiels beschreiben sollen. Von der Wirkung eines "Atombombenabwurfs" ist da die Rede oder von Zuständen wie in Kriegszeiten, die Arbeitsverpflichtung und Zwangsarbeit für die zurückbleibende Bevölkerung zur Folge hätte. Ein "irreparabler Schaden" für die Volkswirtschaft, den man sich überhaupt nicht ausmalen möchte. Die politischen Folgen wäre die internationale Isolierung Deutschlands und der Austritt aus der EU, da eine Ausweisung von EU-Ausländern eine eklatante Vertragsverletzung bedeuten würde.

Nicht alle Ausländer sind unerwünscht

Die Stärke des Buches liegt darin, dem Leser bis ins Detail vor Augen zu führen, welchen Verlust er hätte, gäbe es keine Ausländer in Deutschland mehr. Die Folgen wären für jeden einzelnen Bürger dieses Landes zu spüren. Diese Radikalität ist zugleich die Schwäche dieses Gedankenspiels. Die Autoren nehmen die ressentimentgeladene Einstellung, es gäbe zu viele Ausländer in Deutschland, wortwörtlich. Sie beachten dabei nicht, dass die meisten Menschen, die dieser Aussage zustimmen, Einschränkungen machen würden, wenn es um eine konkrete politische Umsetzung ginge.

Was zunächst beruhigend klingt, zeigt doch das eigentliche Problem: Die meisten Deutschen möchten wohl nicht einfach alle Ausländer aus dem Land haben, sondern nur bestimmte Gruppen. Ethnische Hierarchisierung wird eine solche Rangordnung genannt, die den Status von ethnischen Gruppen spiegelt. Konkret würde der Wunsch nach Ausweisung wohl die Gruppe der Afrikaner, Araber und Türken betreffen - also die Migranten, die man als besonders "fremd" erlebt. Längst hat sich auch die ressentimentbeladene Chiffre "Ausländer" in Richtung "Muslim" verschoben, was im Szenario kaum beachtet wird. Die Populisten dieser Tage wettern doch längst nicht mehr gegen Gastarbeiter, Ausländer und "Kanacken" - sondern erklären den Fremdgläubigen zu einer Bedrohung.

Viele gerade von diesen Fremden sind allerdings Deutsche, genauer gesagt "neue Deutsche" - wie die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan es formuliert. Nach Angaben der Autoren leben 8,6 Millionen eingebürgerte Migranten in Deutschland. Diese könnten in diesem Szenario gar nicht ausgewiesen werden. Oder wie die Autoren treffend formulieren: "Die Überraschung wird groß sein in Deutschland. (...) Denn viele, die man für Ausländer gehalten haben mag, sind gar keine."

Epreuve d'admission : *Langue vivante – Allemand*

ANALYSE ET COMMENTAIRE

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

Das Geisterschiff

Woher kommen die Piraten der Piratenpartei? Sie kommen aus dem Internet – aber mit der alten Utopie der 68er im Gepäck

Zur Piraterie gehört die Plötzlichkeit. Wie hätte auch auf offenem Meer ein angekündigter Angriff aussehen können? Die Berliner Piratenpartei macht da keine Ausnahme: „Piraten plötzlich Politiker“, verkündete *Bild*, mit jenem Ton banger Überraschung, der früher einmal vom Ausguck eines Handelsschiffes gekommen sein mochte, wenn Freibeuter am Horizont erkennbar wurden. Die Plötzlichkeit des Auftauchens darf aber nicht zum Schluss verleiten, sie kämen aus dem Nichts. [...]

In Deutschland gerät zuerst der Chaos Computer Club (CCC) in den Blick, der vor wenigen Tagen mit einem großen Kongress sein 30-jähriges Bestehen feierte. Die Piratenpartei überlappt sich mit dem Club personell zu Teilen – und nahezu komplett, was die Inhalte angeht. Der Club wurde 1981 gegründet, in einer Zeit also, die sich geschichtlich als Weichenstellung zum Neoliberalismus begreifen ließe. [...] Entfesselte Konkurrenz hieß der Weg, eine renovierte Klassengesellschaft das von Kritikern befürchtete Ziel. Die Hacker des CCC setzten dem Kooperation entgegen und hielten fest an der Möglichkeit von Egalität. [...]

Der CCC förderte, sich die Technik zu politischen Zwecken anzueignen. Er hoffte, dass sich mit Computern die verschiedenen sozialen Bewegungen vernetzen ließen und somit doch noch erreicht werden könne, was den 68ern misslungen war: „das System“ aus den Angeln zu heben. In den USA wurde das kritische Potenzial der Computer noch früher entdeckt: „Vergesst die Antikriegsdemonstrationen, Woodstock, sogar die langen Haare. Das wahre Erbe der Generation der Sechziger ist die Computerrevolution“, zitiert Christian Stöcker in seinem Buch *Nerd Attack!* den kalifornischen Hippie-Theoretiker Steward Brand. 1975 gründete sich im Silicon Valley der Homebrew Computer Club, das Vorbild der deutschen Hackervereinigung. [...]

Was bei den Hippies und im Kreis des Chaos Computer Clubs von Marihuana-Schwaden leicht umwölkt aufscheint, wird Mitte der achtziger Jahre von Theoretikern wie Vilém Flusser zu einer Utopie ausformuliert. Flusser sieht eine Gesellschaftsform am Horizont, „worin sich jeder im Informationsaustausch mit andern verwirklicht“. Die Massenmedien – Zeitungen, Fernsehen, Radio – würden diesen Austausch noch allerdings unterbinden. Weder kann der Empfänger ihrer Informationen auf sie antworten, noch sind die Empfänger untereinander vernetzt. Ähnlich beklagte Jean Baudrillard, dass die Kommunikation im massenmedialen Zeitalter wesentlich einseitig sei,

und analysierte das Machtgefälle dahinter [...]. Das Ergebnis: entmündigte Bürger in einer totalitären Massengesellschaft.

Der technikbegeisterte Flusser entdeckte aber in den Computern die Möglichkeit, diesem Schicksal ein Schnippchen zu schlagen. Anstelle der zentralistischen Kommunikationsapparate könnten Vernetzungen treten, in denen Information frei zirkuliere. Flusser stellt sich das als riesiges, kreatives Gesellschaftsspiel vor: Wir empfangen an unseren Bildschirmen Informationen, bearbeiten sie – und schicken sie weiter. So einfach. Eine solche Gesellschaft aber, schreibt Flusser, „wäre die erste, die in der Erzeugung von Informationen die eigentliche Funktion von Gesellschaft erkennen würde und diese Erzeugung daher methodisch vorantreiben könnte: die erste selbstbewusste und daher freie Gesellschaft.“

Als vor 20 Jahren das World Wide Web entstand, schien diese Utopie plötzlich in greifbarer Nähe. 1996 kursierte eine einflussreiche „Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace“ im Netz, die sich gegen Zensurversuche verschiedener Staaten richtete. Darin heißt es optimistisch: „Wir werden im Cyberspace eine Zivilisation des freien Geistes erschaffen. Möge sie humaner und gerechter sein als die Welt, die eure Regierungen bislang errichteten.“ [...]

Zentraler aber noch ist für die Piraten das File-Sharing geworden, mit dem man Musik, Bilder, Texte tauschen kann. Es hat den Piraten nicht nur ihren Namen eingetragen (da die Plattenindustrie den Tausch von Musikdateien als Piraterie einstuft); vor allem realisiert es das frei Teilen oder besser: Mit-Teilen von Information - Herzstück der Internet-Utopie. Wobei die Dateien nach dem Modell von Flusser nicht dem passiven, privatistischen Konsum dienen sollen, sondern dazu bestimmt sind, vom Empfänger verändert, erweitert und in ihrer neuen Form weiterverbreitet zu werden. Im Idealfall, versteht sich.

Das Netz der letzten 20 Jahre: Das konnte für einen Piraten Freiheit, glückliche Anarchie, soziales Experiment und jenes Künstlertum jenes *copy and paste* bedeuten, das die Einlösung des alten egalitären Versprechens zu sein schien, wir alle seien Künstler. Und, ja, es bedeutete auch die Freiheit des Wortes. [...] Und was? Ach, als ob es darum ginge! Für den Einzug der Piratenpartei in den Berliner Landtag heißt das: Es ist ein alter Bekannter, dessen plötzliches Auftauchen so sehr verwirrt. Es ist der Geist von 1968, der sich im Cyberspace frisch gehalten hat, während er sich andernorts, beim mühsamen Marsch durch die Institutionen, längst verflüchtigt hat.

Maximilian Probst

Die Zeit, 22. 09.2011

Epreuve d'admission : *Langue vivante - Allemand*

ANALYSE ET COMMENTAIRE

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

Grüne fordern "Task-Force Kita-Ausbau"

Eine Studie aus Norwegen regt die Betreuungsgeld-Debatte von Neuem an: Die SPD sieht sich durch die Daten bestätigt, Grünen-Fraktionschefin Künast fordert von Familienministerin Schröder noch vor der Sommerpause eine Task-Force und einen Fünf-Punkte-Plan.

Wochenlang wogt die Debatte um das Betreuungsgeld hin und her, alle Argumente, könnte man meinen, sind schon längst vorgetragen worden. So kommt es, dass auf der verzweifelten Suche nach Neuem sogar eine OECD-Studie aus Paris, in der es eigentlich um Norwegen geht, in Berlin größere Wellen schlagen kann. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlichte am Montag eine Expertise zur Integration von Einwanderern in der Schweiz, Österreich und Norwegen. Darin macht sie, eher beiläufig, das norwegische Betreuungsgeld dafür verantwortlich, dass in dem Land überdurchschnittlich viele Einwanderer ihre Kinder nicht in einen Kindergarten schicken. Und schon geht die deutsche Debatte von vorne los.

Die SPD sieht sich durch die Daten aus Norwegen bestätigt und bezeichnet das Betreuungsgeld als "Hemmschuh für eine gute und frühe Integration von Kindern". Die CSU hingegen nennt die Einwände der OECD "unqualifiziert". Und auch das Bundesfamilienministerium weist die Kritik pflichtschuldig zurück: Die Ergebnisse aus Norwegen ließen sich nicht auf Deutschland übertragen. Denn das Betreuungsgeld in dem skandinavischen Land sei höher als die hierzulande geplanten 150 Euro im Monat. Die neue Leistung soll in Deutschland nur für ein und zwei Jahre alte Kinder gezahlt werden, und Hartz-IV-Empfänger könnten nicht davon profitieren. Anders als in Norwegen hätten deshalb arme Familien, zu denen Einwanderer oft gehören, keinen Anreiz, zugunsten des Betreuungsgeldes zu Hause zu bleiben.

"Kristina Schröder muss ihre ideologischen Abwehrschlachten beenden"

Für die Grünen setzt der Gesetzesentwurf, der am Freitag erstmals im Bundestag beraten wird, aber in jedem Falle falsche Prioritäten. Die 1,2 Milliarden Euro, die das Betreuungsgeld in Deutschland jährlich kosten würde, wollen sie lieber in Betreuungsplätze investieren. Grünen-Fraktionschefin Renate Künast fordert eine "Task Force Kita-Ausbau" von Bund, Ländern und Kommunen. Diese sollte noch vor der Sommerpause gebildet werden. Familienministerin Kristina Schröder (CDU)

müsse ihre "ideologischen Abwehrschlachten umgehend beenden und handeln", sagte Künast der *Süddeutschen Zeitung*. Nötig sei ein Fünf-Punkte-Plan: Er soll außer Geld den Abbau bürokratischer Hürden beim Bau neuer Krippen und Kindergärten beinhalten. Kommunen, die einen besonders hohen Bedarf an Plätzen für unter Dreijährige haben, benötigten schnell Hilfe. Zudem sei die Qualitätssicherung zu beachten, und der Bund müsse die Länder bei der Ausbildung von Erzieherinnen unterstützen, forderte Künast.

In ihrer Studie mit dem Titel "Jobs for Immigrants" (Arbeitsplätze für Einwanderer) betont die OECD, wie wichtig eine frühe Förderung der Kinder von Einwanderern ist. Die Autoren kritisieren, dass ein Betreuungsgeld bei Müttern den Anreiz schaffe, zu Hause zu bleiben.

Auch erwerbstätige Eltern können das Betreuungsgeld erhalten

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor, dass Eltern von Beginn des kommenden Jahres an ein Betreuungsgeld bekommen können, wenn sie ihr Kleinkind nicht von einer staatlich bezuschussten Kindertagesstätte oder Tagesmutter betreuen lassen. Im ersten Jahr sollen zunächst nur die Eltern von einjährigen Kindern unterstützt werden, mit monatlich 100 Euro. Von 2014 an soll es auch Geld für Zweijährige geben und das Betreuungsgeld auf dann 150 Euro erhöht werden. Wie das Familienministerium betont, können Mütter und Väter beide erwerbstätig sein und dennoch das Betreuungsgeld erhalten, beispielsweise wenn ihnen die Großeltern oder Au-pair-Mädchen helfen.

In Thüringen existiert bereits seit 2006 ein Betreuungsgeld auf Landesebene; der frühere Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) hatte es eingeführt. Nun dringt die SPD in Thüringens großer Koalition darauf, diese Leistung wieder abzuschaffen. "Das Geld wird dringend gebraucht beim Kita-Ausbau", sagt der stellvertretende Ministerpräsident Christoph Matschie (SPD). Die Erfahrungen mit dem Betreuungsgeld seien schlecht. Ärmere würden wegen des Geldes dazu neigen, ihr Kind zu Hause zu lassen. Das Betreuungsgeld sei bildungspolitisch schädlich und schwäche den Arbeitsmarkt, argumentiert Matschie. Die neue Studie der OECD müsse für die Union ein Anlass sein, bei dem Thema einzulenken. Die CDU dürfe sich nicht weiter von CSU-Chef Horst Seehofer treiben lassen, sagt Matschie. In der Bundesregierung hatte die CSU darauf bestanden, das Betreuungsgeld einzuführen.

Tanjev Schultz
www.sueddeutsche.de / 12.06.2012

Epreuve d'admission : *Langue vivante - Allemand*

ANALYSE ET COMMENTAIRE

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

Europa in Not - Deutschland in Gefahr

1/2

Nach Griechenland und Irland sind Portugal und jetzt Spanien in den Mittelpunkt der Schuldenkrise gerückt. Deutschland soll immer mehr für die Misswirtschaft in anderen Ländern haften. Doch falsch verstandene Solidarität kann die Deutschen immer weiter von der europäischen Idee entfernen. Ein Standpunkt.

Seit nunmehr fast drei Jahren reißen die Nachrichten über die Krise der Europäischen Währungsunion nicht mehr ab. Nach Griechenland und Irland sind Portugal und jetzt Spanien mit ihren Schulden- und Bankenproblemen in den Mittelpunkt gerückt. Auch die Existenz der Währungsunion selbst ist in Frage gestellt.

Der Versuch, Spekulanten oder Ratingagenturen als die Schuldigen zu identifizieren, ist längst als Ablenkungsmanöver entlarvt. Die Erkenntnis, dass die Probleme fast ausnahmslos in jedem Land auf eigene Fehler zurückzuführen sind, lässt sich immer weniger unterdrücken. Überzogene Lohnsteigerungen über viele Jahre, nicht zuletzt im öffentlichen Sektor, in nicht wenigen Fällen eine unsolide Finanzpolitik, in anderen eine hemmungslose Kreditvergabe der Banken mussten in einer Krise enden. Rigide Regelungen am Arbeitsmarkt, geradezu zunftartig geschlossene Märkte und Versagen der Politik, haben sich als Bremse für dauerhaftes Wachstum und als Ursache für extrem hohe Arbeitslosigkeit erwiesen. Die aktuelle Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 50 Prozent in einigen Ländern lässt leicht vergessen, wie tief verwurzelt dieser Skandal seit langem in den betreffenden Gesellschaften ist.

Eurobonds bedeuten für Deutschland: Höhere Zinsen und massive Verluste im Haftungsfall

Über diese Diagnose besteht weitgehend Einigkeit. Grundsätzlich herrscht auch Einigkeit darüber, dass auf all diesen Feldern die nationale Politik mit tiefgreifenden Reformen Abhilfe schaffen muss. Zweifellos wurden schon viele richtige Maßnahmen ergriffen, die in der Vergangenheit kaum möglich waren.

Seit gut zwei Jahren unterstützt die Gemeinschaft notleidende Länder mit finanziellen Hilfen aller Art. Das gilt für den Rettungsschirm ESFS und den geplanten ESM. Die EZB leistet mit immensen, niedrigst verzinsten Krediten, auch mit Maßnahmen über ihr Mandat hinaus, einen wesentlichen Beitrag.

Weite Teile der europäischen Politik, die Europäische Kommission eingeschlossen, von der Finanzindustrie und den Medien erst gar nicht zu reden, geben sich mit diesen umfangreichen Hilfen nicht mehr zufrieden. Forderungen nach Eurobonds, nach einer Fiskalunion und neuerdings einer Bankenunion eröffnen eine völlig neue Dimension. Diese Vorschläge haben eines gemeinsam, nämlich die Übernahme der Haftung für Schulden beziehungsweise fehlerhafte politische

Entscheidungen anderer Staaten durch diejenigen Staaten, die sich an europäische Regeln gehalten und einigermaßen solide gewirtschaftet haben. Eurobonds, also Anleihen anderer Länder, für die Deutschland an erster Stelle mithaftet, ließen Deutschland rasch seinen Status als erstklassiger Schuldner verlieren. Die unausweichliche Folge würde sein: Höhere Zinsen für deutsche Anleihen und später massive Verluste für den deutschen Staat, wenn der Haftungsfall eintritt - der durch die mit der Haftungszusage verbundene laxere Politik wahrscheinlicher wird. Das wird hier zwangsläufig zu stark steigenden Steuern und Leistungskürzungen führen.

Das Vertrauen ist gestört - weil Verträge gebrochen wurden

Wie kann man das dem deutschen Bürger erklären, der keinerlei Einfluss auf die Entscheidungen derjenigen nationalen Parlamente hat, für die er nun aber haften und zahlen soll? Ähnliche Konsequenzen sind von anderen Vorschlägen zur Mithaftung für Schulden anderer Länder zu erwarten. Wie kann man weiter begründen, dass zum Beispiel solide Banken und Sparkassen mit ihren Rücklagen für die Einlagensicherung von Banken in anderen Ländern geradestehen, die nachweislich verantwortungslos gewirtschaftet haben? Warum sollen deutsche, französische oder finnische Sparer indirekt für Misswirtschaft und überzogene Boni von Bankern in anderen Ländern haften?

Allen Vorschlägen dieser Art ist gemeinsam, dass sie mit der Absicht verbunden sind, Mitgliedstaaten oder Banken unter europäische Aufsicht und Kontrolle zu stellen. Dafür bedarf es jedoch umfangreicher Änderungen der Verträge, die - wenn sie denn überhaupt Wirklichkeit werden - viele Jahre dauern werden. Wie soll man aber solchen Versprechungen trauen, wenn die gleichen Institutionen und Politiker Verträge und Verpflichtungen aller Art in Serie gebrochen haben? Wie kann man von einer Europäischen Kommission eine objektive und wirksame Kontrolle erwarten, wenn diese Institution sich selbst immer wieder an vertragswidrigen Initiativen beteiligt oder Probleme verschleiert und damit deren Lösung verteuert?

Deutschland soll sich an die Verträge halten - und das Gleiche von anderen einfordern

Der Grundsatz, dass jedes Land für die Fehler seiner eigenen Politik haftet (No-Bail-out-Klausel), war nicht nur ein tragender Bestandteil bei der Gründung der Währungsunion, er ist und bleibt ein unverzichtbares Element einer Union souveräner Staaten. Da die Währungsunion noch lange keine voll etablierte politische Union sein wird, der Weg dahin ist lang und steinig, widerspricht es diametral dem demokratischen Prinzip und jeder wirtschaftlichen Vernunft, Bürger in Haftung zu nehmen, die keinerlei Einfluss auf die verantwortlichen Parlamente haben. Finanzielle Hilfe muss sich deshalb auf die bestehenden Mechanismen beschränken. Sie muss genau begrenzt sein und darf nur auf der Grundlage von glaubwürdigen Verpflichtungen der Empfängerländer erfolgen. Mehr unter dem Motto der „Solidarität“ einzufordern, spricht diesem Prinzip Hohn und führt zu einem Europa, in dem Staaten, die dauerhaft über ihre Verhältnisse leben und abgeschlossene Verträge missachten, die entstehenden Kosten auf andere abwälzen können. Ein Staat, der immer wieder neue Hilfen verlangt, aber permanent eingegangene Verpflichtungen nicht erfüllt, hat keinen Platz in der Währungsunion.

Deutschland tut gut daran, sich selbst an die Verträge zu halten und das Gleiche von den anderen einzufordern. Ein Deutschland, das in falsch verstandener Solidarität durch die Übernahme unübersehbarer Verpflichtungen am Ende in Schulden ertrinkt, wird den Zorn seiner Bürger heraufbeschwören und sie noch weiter von der europäischen Idee entfernen, als dies inzwischen unglücklicherweise schon der Fall ist. Der Zukunft Europas würde Deutschland damit einen Bärenienst erweisen.

Otmar Issing, der ehemalige Chefvolkswirt der EZB, ist Präsident des Center for Financial Studies in Frankfurt.

Epreuve d'admission : Langue vivante - Allemand

ANALYSE ET COMMENTAIRE

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

Deutsche Hochschulen mittelmäßig und fremdbestimmt?

Rick van der Ploeg, Wirtschaftsprofessor der Eliteuniversität Oxford, bescheinigt den deutschen Hochschulen eine Kultur der Mittelmäßigkeit – und fordert mehr Wettbewerb.

Rick van der Ploeg ist nicht zufrieden mit den Hochschulen in Deutschland, Frankreich und Italien. Dort sei der Hochschulsektor überreguliert, es gebe zu wenig Wettbewerb zwischen den Einrichtungen, diagnostiziert der Wirtschaftsprofessor von der britischen Oxford-Universität, der auch mal Staatssekretär im niederländischen Bildungsministerium war.

Van der Ploeg sprach auf dem Munich Economic Summit, den das Ifo-Institut und die BMW-Stiftung kürzlich in der bayerischen Landeshauptstadt veranstalteten. Der Professor ist ein Befürworter der angelsächsischen Tradition von Wettbewerb und Selektivität. Die Hochschulen hierzulande müssten ihre Studenten sorgfältiger aussuchen, riet er. „Eine Universität, zu der jeder Zugang erhält, ist eine schlechte Universität.“

Von Hochschulen und Studenten fordert er mehr Eigenständigkeit

Er fordert zudem eine größere Autonomie der Hochschulen. Sie sollten selbst entscheiden, was sie mit ihrem Geld machen. „Die eine Einrichtung will vielleicht ein paar gute Jungprofessoren einstellen, die andere von demselben Geld eine Koryphäe.“

Van der Ploeg findet es seltsam, wenn die Hochschulen solche Entscheidungen mit der Politik abstimmen müssen. Nicht zufrieden ist der Wissenschaftler auch mit den Ergebnissen der Bologna-Reform. Die biete die große Chance, verschiedene Studienfächer zu kombinieren. Doch die Kontinentaleuropäer konzentrierten sich in ihrem Leben immer noch zu sehr auf nur eine Fachrichtung.

Insgesamt bescheinigt Van der Ploeg den Hochschulen in Deutschland eine „Kultur der Mittelmäßigkeit“. Damit sie besser würden, brauche es nicht nur mehr Wettbewerb zwischen den öffentlichen Einrichtungen, sondern auch zwischen öffentlichen und privaten Hochschulen; von Letzteren sollte es nach seiner Ansicht mehr geben.

Studiengebühren sieht Van der Ploeg als rentable Anlage

Der Hochschullehrer findet es selbstverständlich, dass Studenten substantielle Studienbeiträge zahlen müssen. „Eine Investition in akademische Bildung ist die beste, die man machen kann. Das eingesetzte Kapital verzinst sich viel höher als zum Beispiel eine Investition in Aktien.“ Hinzu komme, dass die private Rendite höher sei als die gesellschaftliche. Natürlich müsse sichergestellt werden, dass bedürftigen Studenten Reduktionen oder Kredite gewährt würden.

Die deutschen Hochschulen seien zwar unterfinanziert, andererseits können sie nach Van der Ploegs Meinung nicht auf mehr öffentliches Geld hoffen. Das werde verstärkt in die vorschulische Bildung fließen – und das sei richtig so. „Der Staat sollte nicht mehr Geld für die am stärksten Privilegierten ausgeben.“

Kaum Widerspruch auf dem Podium

Die Thesen des Oxford-Professors sind prädestiniert, viel Widerspruch unter deutschen Hochschulvertretern hervorzurufen, auch weil die Finanzierung des angelsächsischen Systems durch immer weiter steigende Studiengebühren selbst in Amerika und Großbritannien stark umstritten ist. Die deutschen Wissenschaftsvertreter, die in München auf dem Podium saßen, widersprachen freilich wenig.

So findet auch Bernd Huber, der Präsident der Ludwig-Maximilians-Universität München, das auf Wettbewerb ausgerichtete amerikanische System besser als das egalitäre deutsche System. „Doch Europa bewegt sich in Richtung des amerikanischen Systems“, meinte er. Die Autonomie der Hochschulen sei größer geworden und mit der Exzellenzinitiative mehr Wettbewerb entstanden.

Die internationalen Rankings liest Huber etwas anders als Van der Ploeg. Der hatte beklagt, dass unter den fünfzig besten Hochschulen der Welt keine aus Kontinentaleuropa stamme. Betrachte man die 300 besten, erklärte Huber, dann komme immerhin ein Drittel vom europäischen Kontinent.

Der Moderator, ein Brite, war indes skeptisch, dass in Großbritannien und Amerika alles besser ist. Dass die deutsche Wirtschaft so gut laufe, zeige doch auch, dass es um die höhere Bildung hierzulande so schlecht nicht bestellt sein könne.

Huber sprang bei: Die angelsächsischen Eliteuniversitäten sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Masse der Hochschulen dort schlechter sei als in Deutschland. Ein Konferenzteilnehmer wies zudem auf eine „education bubble“ in den Vereinigten Staaten hin: „Viele Studenten bezahlen zu viel für das, was sie bekommen.“

Lisa Becker

www.faz.net / 15.05.2012

Epreuve d'admission : *Langue vivante - Allemand*

ANALYSE ET COMMENTAIRE

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

Viel mehr als Spreewaldgurken

Dass Berlin ein DDR-Museum hat, ein überaus beliebtes, das verwundert nicht weiter. Dabei existiert es erst seit sechs Jahren. Seine Stärke: Es ist interaktiv, Anfassen der Exponate ist ausdrücklich erwünscht!

Direkt an der Spree, mit Blick auf die Museumsinsel, führen ein paar Stufen hinab zu einem der beliebtesten und erstaunlichsten Museen Berlins: dem DDR-Museum. Bis draußen auf die Terrasse stauen sich die Besucher. Über zwei Millionen waren es in den vergangenen sechs Jahren, fast die Hälfte kommt aus dem Ausland. Doch das Thema DDR hat vor allem auch für die Deutschen eine Faszination.

Heiko aus der Nähe von Karlsruhe etwa ist 19 Jahre alt. Als er geboren wurde, war Deutschland schon wiedervereint, die DDR kennt er nur aus der Schule. Da geht es dann um das schwierige politische Verhältnis der beiden deutschen Staaten. Aber wie das Leben in dieser Diktatur aussah, der Alltag der 16 Millionen DDR-Bürger, das war nie Thema.

Und genau damit lockt das DDR Museum: Hier soll man mitgenommen werden auf eine Reise in die Produktwelt, die Architektur, die Kultur, die Politik und was noch alles dazugehört zur sozialistischen Vergangenheit. Nicht nur Heiko ist davon begeistert. Fragt man niederländische Touristen, den Vater mit Sohn aus Frankfurt am Main oder den griechischen Studenten aus Hamburg: Dass das Museum so lebendig ist, so echt, das beeindruckt hier jeden.

Die Kraft des Originals

Die Ausstellung selbst wurde als Plattenbausiedlung im Kleinen konzipiert. Die Ausstellungsmöbel sind Wohnblöcke der Wohnungsbauserie 70, dem typischen Plattenbau-System der DDR. Die Platten funktionieren als Raumteiler und Vitrinenschränke zugleich. Der Besucher zieht auf, klappt zu, guckt durch, hört zu. Oder nimmt gleich in einem kompletten Plattenbau-Wohnzimmer Platz. Oder in einem Trabi.

Ob die Schreibmaschine "Erika", das Reisetagebuch zur Auszeichnungsreise für verdienstvolle Berg- und Energiearbeiter mit der "MS Völkerfreundschaft" oder das Dopingmittel "Oral-Turinabol" – alle Exponate hier sind Originale. "Der überwiegende Teil kommt von Privatleuten, die

uns das gespendet haben", erklärt der Direktor und Kurator Robert Rückel. Alltagsgegenstände, die im Keller oder auf dem Dachboden schlummerten oder erst jetzt den Geist aufgegeben haben. Doch auf den knapp 1000 Quadratmetern Ausstellungsfläche hat nur weniger als ein Prozent der Sammlung überhaupt Platz. Im Lager, in meterhohen Regalen bis unter die Decke, da warten weitere ca. 200.000 Objekte auf ihren großen Auftritt an der Spree.

Bevor Rückel und sein Team 2006 ihr DDR-Museum eröffneten, gab es in Berlin nur Ausstellungen, die sich entweder ausschließlich mit der Stasi oder explizit nur mit der Mauer beschäftigten. "Es fehlte also dieser dritte Baustein der Aufarbeitung, nämlich das Leben in der Diktatur", erinnert sich der Direktor. "Auch eine Diktatur wird durch mehr geprägt als durch die Staatsmacht, nämlich durch die Menschen, die lieben, die lachen, die spielen und die versuchen, an der Diktatur vorbei ihr Leben zu leben, sich kleine Freiräume erkämpfen." Diese Erkenntnis ergänzte er mit der Lust auf ein Experiment: "Wir wollten ein Museum machen, das nicht staatlich finanziert ist, sondern privat. Wir wollten wissen, ob das möglich ist, dass sich ein Museum selbst tragen kann."

Anders als etwa bei den Nachbarn auf der Museumsinsel, kommt das Geld für das DDR-Museum bis heute ausschließlich von den Besuchern, das Experiment hat funktioniert. Natürlich dürfen diese auch Kritik üben, in einem Beitrag im Gästebuch zum Beispiel heißt es: "Zu überfüllt, kein hoher Anspruch, zu viele 'Spielgeräte', an denen sich die vielen Kinder zu schaffen machen und einem den Besuch verderben". Letzterem widerspricht Robert Rückel: "Spielen macht nicht nur Spaß, sondern man lernt auch viel mehr, wir wollen ja keinen Frontalunterricht machen wie in der Schule – und es spielen ja auch die Erwachsenen." Und so nehmen die Besucher virtuell an einer Volkskammer-Wahl teil, werden zum Leiter der Trabi-Produktion, der sich durch die Wirren der Planwirtschaft schlängeln muss oder analysieren, warum die Nationalhymne nicht mehr gesungen wurde.

Den ersten Teil der Kritik nimmt der Hausherr aber an. Ja, obwohl das Museum vor anderthalb Jahren erweitert wurde, habe man immer noch zu wenig Platz. Genau diese räumliche Enge, so assoziiert ein Besucher aus München, 1945 geboren, sei allerdings auch symptomatisch für die Enge, die im DDR-Staat geherrscht habe.

Post vom Schwarzen Meer

Enge und Mangel, beides wird im DDR Museum anschaulich. Relativ am Anfang der Dauerausstellung liegt ein Mangel-Tagebuch in einer der Vitrinen. Seit 1983 notierte Ingeborg Lüdicke aus Sachsen-Anhalt, was es gerade nicht zu kaufen gab: Schnittkäse, Bratpfannen, Gitarrensaiten, Klopapier. Sie hält fest, dass die Brötchen beim Bäcker um 10 Uhr ausverkauft waren, dass der Apotheker keine Augentropfen und der Zahnarzt kein Material für die Kronen ihres Mannes hat. Erst diese Akribie lässt einen innehalten – so also sah der Alltag eben auch aus.

Ein Meter weiter ist Urlaubszeit. Familienurlaub im "Nichtsozialistischen Währungsgebiet" war ausgeschlossen und so finden sich hier Postkarten vom Schwarzen Meer oder aus Leningrad. Wer nicht ganz so weit kam, der badete in der Ostsee, oftmals nackt. Auch der Freikörperkult, der in der DDR viel normaler war als in der Bundesrepublik, darf nicht fehlen in einem Museum für Alltagskultur. Spreewaldgurken übrigens, nach denen besonders diejenigen gerne fragen, die den Film "Good Bye, Lenin" gesehen haben, gibt es im Museumsshop.

Ricarda Otte

Deutsche Welle – www.dw.de / 03.06.2012

Epreuve d'admission : Langue vivante - Allemand

ANALYSE ET COMMENTAIRE

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

Die musikalische Integration

Musik verbindet Menschen aus aller Welt und kann deshalb die Integration von Migranten fördern. Wie das geht, lernen Studierende an der Universität Hildesheim im Studiengang "musik.welt".

Sie sitzen im Mittelschiff einer ehemaligen Kirche und sind umgeben von zahlreichen Instrumenten aus aller Welt. So ungewöhnlich wie ihr Hörsaal ist auch das Studium, das die 24 Studenten an der Universität Hildesheim seit diesem Semester belegen. In dem deutschlandweit einzigartigen berufsbegleitenden Pilotstudiengang "musik.welt" können sie in zwei Jahren lernen, wie Musik zur Integration in Schulen, Kindergärten oder sozialen Projekten beitragen kann.

Die Hälfte der Studenten im Alter von 20 bis 60 Jahren hat einen Migrationshintergrund. Sie kommen unter anderem aus Marokko, Iran, Tadschikistan oder der Türkei. So wie der 50-jährige Förderschullehrer Yusuf Sengör. In seinem Heimatland hat er als Jugendlicher auf einem Baumwollfeld gearbeitet, um sich von dem so verdienten Geld eine Saz, ein traditionelles türkisches Saiteninstrument, zu kaufen. Jetzt, so viele Jahre später, kann er sich seinen Lebenstraum erfüllen.

Wer singt, macht keinen Blödsinn

Das Spielen der Saz hat sich Sengör nach Gehör beigebracht. "Dass ich keine akademische Vorbildung habe, spielt hier keine Rolle", freut sich der Pädagoge, der inzwischen auch das Gitarrenspiel lernt. Für den Studiengang waren Voraussetzungen wie ein Abitur oder Musikstudium nicht erforderlich. Die Bewerber mussten jedoch ein Auswahlverfahren durchlaufen, bei dem besonderer Wert auf die Motivation und ihre musikalische Kompetenz gelegt wurde.

Yusuf Sengör benutzt zum Beispiel bei seinem Unterricht in einer multikulturellen Klasse immer wieder die Musik als verbindendes Element. "Wer singt, hat keine Zeit Blödsinn zu machen", sagt er. Und so übt er mit seinen Schülern auch schon mal Kinderlieder aus verschiedenen Teilen der Welt ein. Hier möchte er noch mehr Ideen bekommen, um musikalische Projekte zu entwickeln, mit deren Hilfe integrative Prozesse angekurbelt werden.

Alle Musikkulturen sind gleichwertig

Geleitet wird der neue Studiengang "musik.welt" von Professor Raimund Vogels. Der Musikwissenschaftler und Musikethnologe ist auch Direktor des "Center for World Music" der Stiftung Universität Hildesheim. In dieser Forschungseinrichtung befinden sich über 3500 Musikinstrumente sowie zahlreiche Tonträger und Bücher aus aller Welt. Die Sammlung gehört der Stiftung Niedersachsen und steht als Dauerleihgabe zur Verfügung.

Vogels hat in Deutschland und Afrika Musik studiert. Der 56-Jährige arbeitete zehn Jahre als Musikethnologe an der Universität Hannover. Er hatte die Idee zur Gründung des neuen Studiengangs. "Ich habe damals festgestellt, dass die Studenten mit der Tatsache, dass Musikkulturen dieser Welt in gewisser Weise gleichwertig sind und ihre besonderen kulturellen und ästhetischen Fähigkeiten haben, nicht viel anfangen können", erzählt er. Die Ausbildung soll das ändern.

Gespannt auf andere Tonalitäten

Die Studieninhalte werden in Modulen vermittelt, oft an Wochenenden. Darunter sind unter anderem die Bereiche Musikethnologie, interkulturelle Musikpädagogik und Projektmanagement. In den Seminaren lernen die Studenten, welche Bedeutung die Musik in verschiedenen Kulturkreisen hat und müssen Instrumente aus unterschiedlichen Erdteilen anhand ihres Klangs zuordnen. Zudem gibt es Einzelunterricht an einem Musikinstrument aus einem anderen Kulturkreis.

Die Violinistin und Musiklehrerin Johanna Udert etwa lernt jetzt einige iranische Instrumente. "Ich bin gespannt darauf, wie ich mich in andere Tonalitäten einarbeiten kann", sagt sie. Diese Erfahrungen möchte sie dann in ihre pädagogische Arbeit mit Schülern aus anderen Kulturkreisen einbinden.

Ihren ersten großen Auftritt haben die Studenten aber schon Ende Mai. Beim Fest der Kulturen in Hannover präsentieren sie ihr musikalisches Können unter dem Titel "Globales Dorf". Yusuf Sengör setzt dabei ganz auf große Gefühle: Er will die Zuhörer in die musikalische Welt einer türkischen Hochzeit entführen.

Christina Beyert

Deutsche Welle - www.dw.de / 07.05.2012

Epreuve d'admission : *Langue vivante - Allemand*

ANALYSE ET COMMENTAIRE

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

Hochschulen – Zum Studieren? In den Osten!

Leere Hörsäle im Osten – überfüllte Unis im Westen. Eine staatlich finanzierte Kampagne sollte westdeutsche Studenten an die ostdeutschen Universitäten locken. Jetzt ziehen die Macher eine erste Bilanz.

Die Hochschulen in Westdeutschland sind voll. So voll, dass die Studenten um Seminarplätze kämpfen und zum Teil sogar in Kinosäle ausweichen. Was das Problem verschärft: Da die Schulzeit in Deutschland von 13 auf 12 Jahre verkürzt ist, drängen mit einem Mal doppelt so viele Abiturienten an die Universitäten.

Ganz anders die Situation im Osten Deutschlands. Hier kämpfen die Gemeinden mit dem demografischen Wandel: Die Geburten gehen zurück, die Jungen wandern in den Westen ab. An den ostdeutschen Hochschulen ist deshalb reichlich Platz. Für die Studenten heißt das niedrige Mieten und geringe Lebenshaltungskosten.

Katrin Kappenberger kann davon aus eigener Erfahrung berichten: "Ich habe sofort eine WG gefunden. Freunde, die in anderen Städten studieren, suchen wochenlang und freuen sich, wenn sie überhaupt etwas finden." Die 20-jährige ist in der hessischen Kleinstadt Hochheim aufgewachsen und studiert nun Kulturwissenschaften an der Uni Leipzig. An der Stadt schätzt sie, dass hier alles irgendwie unfertig, dynamisch und jung ist. Zudem habe sie kulturell viel zu bieten und sei nah an der Natur. "Auch die Studienbedingungen sind sehr gut", sagt Katrin und bestätigt damit eine aktuelle DIW-Studie, nach der die Absolventen die ostdeutschen Unis in jeder Hinsicht besser bewerten, als die westdeutschen.

Vorurteile gegen den Osten

Trotzdem gibt es noch viele Vorurteile, die westdeutsche Abiturienten von einem Studium an ostdeutschen Universitäten abhalten. Für sie ist Deutschlands Osten ein grauer und langweiliger Landstrich, um das man besser einen Bogen macht. Mit diesem Image wollten die ostdeutschen Hochschulen brechen. Vor fünf Jahren starteten sie eine Kampagne mit dem provokanten Titel: "Studieren in Fernost". Mit guten Argumenten sollte die junge Generation von den Vorteilen eines Studiums im Osten überzeugt werden. Dabei zogen die Macher alle Register, warben auf Schüler-VZ und Facebook, Twitter, Flickr und sogar über eine eigene App.

Den Auftakt der Kampagne machten die beiden Chinesen Gang und Dong, die mit Kamera und Klamauk durch die ostdeutschen Unis zogen. Als Vampire verkleidet trafen sie in Leipzig den honorigen Rektor Franz Häuser, um ihm zum 600-jährigen Jubiläum der Hochschule zu gratulieren. Die teilweise schrillen Auftritte stießen nicht immer auf Zustimmung. So kommentierte Rektor Häuser selbst den Film als "saublöd". Doch zumindest erregte die Kampagne Aufmerksamkeit und schaffte es sogar in die heute-Nachrichten des Zweiten Deutschen Fernsehens.

Klamauk und Kneipenbummel

In jüngster Zeit fuhr die Hochschulinitiative einen eher seriöseren Kurs - ohne Chinesen. Stattdessen wurden junge Journalisten angeworben und auf Erkundungsreise durch die ostdeutsche Hochschullandschaft geschickt. Was sie dabei erlebten, konnten die Schüler auf allen sozialen Netzwerken mitverfolgen.

Insgesamt 16 Millionen Euro ließen sich die ostdeutschen Bundesländer den Werbefeldzug kosten. Auch Katrin bekam eine Einladung zur "Abenteuerreise Fernost" nach Leipzig, inklusive Kneipenbummel und Stadtführung. Die Stadt beeindruckte sie so sehr, dass sie sich – trotz anfänglicher Vorbehalte – für das Studium in Leipzig entschied.

Gut investiertes Geld, sagt deshalb Gerhard Wünschler vom Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt. Er koordiniert die so genannte Hochschulinitiative Neue Bundesländer: "Wir haben Aufmerksamkeit im Westen erlangt. Der Druck dort hat zugenommen, sodass die Hochschulen im Osten eine Resonanz gefunden haben. Der Anteil der Studierenden aus dem Westen ist enorm gestiegen in den letzten fünf Jahren."

Mehr westdeutsche Studenten im Osten

Tatsächlich kann sich das Ergebnis durchaus sehen lassen: Während vor drei Jahren nur ein Drittel der westdeutschen Schüler die Studienangebote im Osten attraktiv fanden, sind es mittlerweile fast die Hälfte. Für die Initiatoren der Kampagne steht damit fest: Die Maßnahmen zeigen Wirkung. Das schlägt sich auch in den Zulassungszahlen nieder. Stammten 2009 nur knapp zehn Prozent der Studienanfänger in Sachsen aus Westdeutschland, ist es jetzt fast jeder dritte. Und das, obwohl der Bildungsetat aktuell massiv gekürzt wird. Fast 1000 Stellen sollen die sächsischen Hochschulen bis 2020 abbauen. Auch in den benachbarten ostdeutschen Bundesländern stieg der Anteil der westdeutschen Studenten stark an.

Trotzdem wollen sich die ostdeutschen Bundesländer nicht auf diesen Erfolgen ausruhen. Wie Gerhard Wünschler von der Hochschulinitiative sagt, soll die Kampagne um drei Jahre verlängert werden. Noch einmal 6 Millionen werden investiert, um mehr westdeutsche Abiturienten für ein Studium im Osten zu begeistern.

Zudem will man die klugen Köpfe über das Studium hinaus an sich binden. Denn wem nützt es, wenn die jungen Leute zum Studium in den Osten ziehen, aber zum Arbeiten wieder in den Westen zurückkehren? Auch Katrin Kappenberger könnte sich vorstellen, in Leipzig zu bleiben: "Natürlich hängt das davon ab, ob ich einen Job bekomme. Die Arbeitsmarktlage ist hier nicht gerade rosig." Um die zu verbessern, wird man allerdings mehr brauchen, als eine staatliche Image-Kampagne.

Michael Hartleb

Deutsche Welle: www.dw.de / 12.06.2012

Letzte Freunde ANALYSE ET COMMENTAIRE

Der Spiegel, 5. März 2012 - Von Maximilian Popp und Christoph Scheuermann

Seltsam geteiltes Deutschland: Viele Bundesbürger neiden Christian Wulff den Ehrensold. Viele Migranten trauern, weil ihr größter Verbündeter abgetreten ist.

Ein Teil der Fans, die Christian Wulff geblieben sind, sitzt im Café Picknick in Berlin-Kreuzberg. Alte Männer, lachend, schimpfend, Zigarette rauchend, spielen Karten. "Wulff ist ein super Mann", sagt einer von ihnen auf Türkisch. "Er hat sich für uns eingesetzt", sagt ein anderer und nippt an seinem Tee. "Wir lieben ihn."

Im Picknick treffen sich Einwanderer der ersten und zweiten Generation. Eine Theke, ein paar wacklige Tische, Stühle und ein grauer Teppich. Im Fernsehen läuft ein türkisches Fußballspiel. Von der Wand blickt Mustafa Kemal Atatürk herab, der Staatsgründer der Türkei. Christian Wulff ist hier nicht der Schwindler, der Unternehmerfreund, der Umsonsturlauber. Hier ist er ein Held.

Es ist eine merkwürdige Front, die dieser Tage durch Deutschland verläuft. Viele Bürger verbinden mit dem Namen Wulff inzwischen vor allem eine Kreditaffäre, Luxusferien auf Sylt und eine zu große Nähe zu Leuten mit viel Geld. Laut "Deutschlandtrend" der ARD halten es 84 Prozent der Befragten für falsch, dass das Staatsoberhaupt a .D. den Ehrensold in Höhe von 199 000 Euro jährlich erhält.

Unter Migranten hat das Image des Niedersachsen dagegen nicht gelitten. "Er ist nach wie vor der beliebteste deutsche Politiker bei türkischen Migranten", sagt Kenan Kolat, der Vorsitzende der türkischen Gemeinde in Deutschland. Wulff habe vor allem Einwanderern aus islamischen Ländern die Anerkennung zuteilwerden lassen, die ihnen gefehlt habe.

Migranten wie die im Café Picknick haben nicht vergessen, was Wulff am 3. Oktober 2010 bei seiner Rede zur deutschen Einheit gesagt hat: "Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland." Sie haben genauso wenig die Diskussion vergessen, die daraufhin losbrach. Denn obwohl Wulffs Aussage so richtig wie schlicht war, obwohl sich Wolfgang Schäuble vier Jahre zuvor ganz ähnlich geäußert hatte, folgte eine heftige Debatte über den Einfluss des Islam und die "christlich-jüdische Leitkultur". Viele, die sich für die wahren Deutschen hielten, waren wütend über den Satz des Bundespräsidenten. Horst Seehofer forderte kurz darauf einen Zuwanderungsstopp für Menschen "aus fremden Kulturkreisen".

Viele der Eingewanderten haben keinen deutschen Pass, kein Wahlrecht, und die Berliner Politik ist ihnen fremd geblieben. Aber Christian Wulff war seit dieser Rede ihr Präsident. Keinem anderen hiesigen Volksvertreter fühlten sie sich so nahe.

Wulffs Rücktritt am 17. Februar hat daran nichts geändert. Viele Migranten bedauern seinen Abschied, und noch bei der Gedenkfeier für die Neonazi-Opfer vorvergangene Woche wurde Wulff von deren Angehörigen mit Lob bedacht. [...]

Die Migranten haben registriert, dass der Christdemokrat die Integration zu seinem Anliegen erklärt hat - und dass er damit in seiner Partei nicht nur Zustimmung erhielt. "Für die Einwanderer hat er mehr bewirkt als Dutzende Integrationskurse", sagt Rauf Ceylan.

Die Treue zu Wulff ist mithin auch eine Ohrfeige für ein halbes Jahrhundert Zuwanderungspolitik. Jahrzehntelang seien Migranten ausgegrenzt worden, sagt Ahmet Külahçi, der das Berliner Büro der "Hürriyet" leitet, der größten türkischen Tageszeitung in Deutschland. Külahçi arbeitet seit 32 Jahren für das Blatt, die Integrationspolitik der Bundesregierung mit ihren Islamkonferenzen und Integrationsgipfeln, so glaubt der Journalist, komme bei den meisten Zuwanderer nicht an. Wulff aber sei ein Politiker gewesen, der auf die Migranten zugegangen sei. "Sie werden ihn schmerzlich vermissen." [...]

Titel fürs Türschild ANALYSE ET COMMENTAIRE

Der Spiegel, 27. Februar 2012 - von Jan Friedmann und Oliver Trenkamp

Ein Jahr nach dem Rücktritt Gutenbergs tun sich die Universitäten schwer mit dem Kampf gegen Plagiate - zu viele Akademiker promovieren.

Der namhafte Gast ist aus Übersee, das Thema brisant, der Jahrestag der bisher größten deutschen Plagiatsaffäre steht kurz bevor: Eigentlich müssten sich die Zuhörer in der Hochschule für Technik und Wirtschaft am Rande Berlins drängen.

An diesem Februarabend sind indes nur sieben der mit giftgrünem Stoff bezogenen Stühle in Hörsaal 7 belegt. Die Informatikprofessorin Debora Weber-Wulff bittet erst einmal um Entschuldigung. "Es tut mir leid, Don", sagt sie, "dass so wenige hier sind."

Donald McCabe von der Rutgers Business School im US-Bundesstaat New Jersey ist die graue Eminenz der Plagiatsforschung. Gibt man seinen Namen bei Google ein, ergänzt die Suchmaschine automatisch das Wort "cheating", täuschen. McCabe hat eine viertel Million Akademiker weltweit befragt, er weiß genau, wie die Betrüger unter ihnen tricksen.

Doch das will hierzulande kaum noch jemand hören, ein Jahr nachdem der damalige Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) wegen seiner zusammengeklauten Doktorarbeit zurücktrat. Die Plagiatsjäger fühlen sich wieder so einsam wie vor der Affäre. Sie fürchten, dass nach der Aufregung nichts Zählbares bleibt - und alle Maßnahmen ins Leere laufen, weil die Universitäten den Promotionsbetrieb nicht reformieren.

Warnende Beispiele gibt es genug, nach Guttenberg verloren weitere bekannte Mächtigerdoktoren ihren Titel: die FDP-Politiker Silvana Koch-Mehrin und Jorgo Chatzimarkakis sowie Veronica Saß, die Tochter von Edmund Stoiber, die derzeit wie Koch-Mehrin gegen den Entzug des Titels klagt. Im April will der Rat der Philosophischen Fakultät in Bonn über die Arbeit der FDP-Politikerin Margarita Mathiopoulos befinden, der Promotionsausschuss empfahl bereits, den Titel abzuerkennen.

Hochschulvertreter pflegen heute eine Null-Toleranz-Rhetorik gegen Abschreiber, sie benennen Ombudspersonen, richten Kommissionen ein und kaufen Software, um nach verdächtigen Textstellen zu fahnden. In Bayern und Baden-Württemberg sollen alle Doktoranden bald eidesstattlich erklären, dass sie sauber gearbeitet haben. Bundesweit verschärfen Fakultäten ihre Promotionsordnungen.

All das soll zeigen: Nehmt euch in Acht, Plagiatoren, wir entdecken eure Machenschaften und bestrafen sie hart.

Inzwischen warnen Experten, dass der plakative Kampf zum Aktionismus verkommt. Das Problem liege tiefer. Da die Universitäten immer mehr Doktorarbeiten passieren lassen, laden sie geradezu zum Plagiat ein - der Schritt vom Dünnbrettbohren zum Schummeln ist klein. Debora Weber-Wulff, die rühmteste deutsche Plagiatsjägerin, sagt: "Abschreckung funktioniert nicht, nur Aufklärung hilft."

Nach neuen Berechnungen des Instituts für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (IFQ) machen Doktorväter inflationär Gebrauch von der Bestnote summa cum laude, die auch Guttenberg bekam. In den Wirtschaftswissenschaften ernten 30 Prozent der Doktoranden höchstes Lob, bis 2004 waren es nur 20 Prozent; andere Fächer weisen ähnliche Steigerungen auf (siehe Grafik).

Absurde Differenzen werden zwischen einzelnen Universitäten sichtbar. Während an der Universität des Saarlandes 38 Prozent der Jura-Doktoranden die Bestnote bekommen, gelingt das Kunststück an der LMU München nur einem Prozent. In Mathematik reicht die Spanne von 36 Prozent Spitzenzensuren (TU Berlin) bis 1,7 Prozent (Bonn). [...]

ANALYSE ET COMMENTAIRE

Österreich boykottiert EM in der Ukraine
Deutschlandradio, 2. Mai 2012

Die Mitglieder der österreichischen Regierung werden nicht zur Fußball-Europameisterschaft in die Ukraine reisen. Hintergrund ist die Behandlung der inhaftierten Ex-Ministerpräsidentin Julia Timoschenko. Sportliche Folgen hat diese Entscheidung nicht. Österreich hatte sich für die EM nicht qualifizieren können.

Die Mitglieder der österreichischen Regierung werden die Fußball-Europameisterschaft in der Ukraine boykottieren. Das haben die Minister der Koalitionsregierung am Mittwoch beschlossen. Vizekanzler Michael Spindelegger von der konservativen Volkspartei erklärte: "Das ist unser Zeichen der Solidarität mit Julia Timoschenko". Der sozialdemokratische Kanzler Werner Faymann sagte, dies solle ein "sichtbares Signal" sein, dass Österreich die deutsche Haltung unterstütze. Sportminister Norbert Darabos widersprach Gerüchten, die EM könnte nach Österreich ausweichen: "Das ist organisatorisch unmöglich."

Auch deutsche Politiker hatte in den letzten Tagen wiederholt einen politischen Boykott der Fußball-EM ins Gespräch gebracht. Deutschland verzichtet aber vorerst auf einen politischen Boykott der EM. Bundesaußenminister Guido Westerwelle wies am Mittwoch solche Forderungen zurück und sagte in Berlin, darin sei er sich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) einig. Ein Boykott sei wenig hilfreich, da die Bundesregierung den Kontakt mit Kiew nicht abreißen lassen wolle. Zugleich erneuerte er das Angebot der Bundesregierung, Timoschenko zur medizinischen Behandlung nach Deutschland zu holen.

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer sieht derweil "akuten Handlungsbedarf" für eine "angemessene Behandlung" der erkrankten ukrainischen Oppositionsführerin. "Dem wird sich die ukrainische Regierung nicht entziehen können", sagte er dem "Münchner Merkur". Allerdings zeigte sich Bayerns Staatskanzleichef Thomas Kreuzer (CSU) skeptisch zu Forderungen nach einem politischen Boykott der EM.

In den vergangenen Tagen hatte es mehrfach auch aus Koalitionsreihen die Forderung gegeben, wegen der Inhaftierung der früheren ukrainischen Regierungschefin auf eine Teilnahme von Politikern an der EM zu verzichten oder sogar die Spiele zu verlegen. Die Spiele werden vom 8. Juni bis 1. Juli in der Ukraine und in Polen stattfinden.

Timoschenko soll ernsthaft erkrankt sein und protestiert seit Tagen mit einem Hungerstreik gegen ihre Haft. Die an Bandscheibenproblemen leidende Timoschenko verbüßt eine siebenjährige Haftstrafe wegen Amtsmissbrauchs. Die EU hält die Haft für politisch motiviert. Julia Timoschenko gilt als Symbol der pro-westlichen Orangen Revolution in ihrem Land.

Auch der Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), Michael Vesper, sprach sich gegen einen Boykott der Fußball-EM aus: "Ein Sportboykott würde nichts bringen und auch die Menschen in der Ukraine bestrafen, die sich auf die Europameisterschaft freuen", sagte er dem Fernsehsender Phoenix. Jedoch sollten auch die Sportverantwortlichen die Menschenrechtsverletzungen und die Behandlung von Julia Timoschenko anprangern.

CDU-Außenpolitiker für Klage gegen Ukraine

Unterdessen hat der CDU-Außenexperte Philipp Mißfelder eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ins Gespräch gebracht. Die Bundesregierung und die EU-Partner sollten eine Staatsbeschwerde gegen die Ukraine prüfen, sagte er in Berlin. Eine mögliche Klage sollte das Gerichtsverfahren und die Haftbedingungen der ehemaligen Ministerpräsidentin Timoschenko betreffen.

Épreuve d'admission : *Langue vivante - Allemand*

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E)

Vous devez impérativement :

- 1- écrire lisiblement vos noms et prénoms,
- 2- signer, ci-dessous,
- 3- remettre votre sujet au jury et lui présent

SERIE SCIENCES ECO ET SOCIALES
ALLEMAND

ANALYSE ET COMMENTAIRE

NOM:

Prénom:

Der ewige Hoffnungsträger
ParisBerlin, Mai 2012 – von Piotr Buras

Polen will das Weimarer Dreieck zum Träger der europäischen Verteidigungspolitik machen, bis jetzt allerdings ohne Erfolg

Dass die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bereich sei, in dem das Weimarer Dreieck endlich seine Brauchbarkeit beweisen könnte, gehört zum Standardrepertoire der außenpolitischen Sonntagsreden in Polen, Deutschland und Frankreich. In der Tat ergeht es dem Weimarer Dreieck aber genauso wie der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU: beide werden oft beschworen, politische Bedeutung haben sie aber keine. Nichts hat diese prekäre Schicksalsgemeinschaft besser veranschaulicht, als die polnische EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011. Für viele überraschend setzte das vorher GSVP-skeptische und transatlantisch fixierte Polen sehr ambitionierte Ziele auf die Agenda: die Idee eines EU-Hauptquartiers wurde lanciert, das Konzept der EU-Kampftruppen sollte optimiert und um eine zivile Dimension erweitert, Möglichkeiten von „pooling and sharing“ von militärischen Kapazitäten getestet werden. Ein Erfolg wurde keiner dieser Initiativen beschert, nicht zuletzt, weil sich weder Frankreich noch Deutschland für sie zu begeistern vermochten. Auf dem Papier sieht es gleichwohl wesent-

lich besser aus. In einem gemeinsamen Brief der Außenminister an Catherine Ashton machte das wiederbelebte Dreieck Ende 2010 konkrete Vorschläge für die GSVP. Auch eine gemeinsame Weimarer Kampfgruppe wurde aus der Taufe gehoben und soll 2013 einsatzfähig sein.

KEINE AUSREICHENDE SCHNITTMENGE.

So ambitioniert diese Projekte erscheinen mögen, so wenig kann darüber hinwegtäuschen, dass die Weimarer Kooperation für die beteiligten Partner in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik keine Priorität besitzt. Für Paris ist London der wichtigste Verbündete. Das zeigte nicht nur die Zusammenarbeit während der Libyen-Krise, sondern auch die Tatsache, dass der bilaterale französisch-britische Zusammenschluss in militärischen Fragen zu dem Zeitpunkt (2010) geschmiedet wurde, als die Chancen einer europäischen Initiative des Weimarer Dreiecks ausgelotet wurden. Dass Frankreich ausgerechnet zu Beginn der polnischen EU-Ratspräsidentschaft Waffenlieferungen nach Russland tätigte, erhöhte den polnischen Glanzen an eine ausreichende Schnittmenge der

sicherheitspolitischen Interessen mit Paris gerade nicht. Deutschland lancierte zum gleichen Zeitpunkt eine wichtige Initiative für mehr „pooling and sharing“ – gemeinsam mit Schweden...

Es ist keine gute Zeit für die GSVP – abrupter Abbau der Streitkräfte in Europa, Finanzkrise und das Aufkommen von nationalen Animositäten sind keine Vorzeichen, unter denen ein großes Projekt der Europäisierung der Verteidigungspolitik zustande kommen könnte. Stattdessen wird auf regionale Kooperationen und interessengeleitete gemeinsame Projekte einzelner Mitgliedstaaten gesetzt. Für „Weimar“ stehen in diesem Kontext die Sterne nicht besonders gut.

Wenn 2013 die Weimarer Kampfgruppe entsteht, wird man sich fragen müssen, wo und unter welchen Voraussetzungen sie eventuell zum Einsatz kommen könnten. Ob sich Paris, Berlin und Warschau darauf einigen könnten, ist fraglich. Vor allem nach Libyen ist eine gemeinsame sicherheitspolitische Leitlinie der drei Länder nicht zu erkennen. So wird die GSVP für das Weimarer Dreieck das bleiben, was sie immer war: der ewige Hoffnungsträger. ●

* GSVP = Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Franzose wird nicht jedermann

Paris/Berlin, Januar 2012 - von Birgit Holzer

Ab Januar gilt bei Einbürgerungen eine „Charta der Rechte und Pflichten des französischen Bürgers“, die ähnliche Anforderungen wie die deutschen Einbürgerungstests stellen. In ihren Einbürgerungspolitiken haben sich beide Länder inzwischen stark angeglichen.

Wie wird man Franzose, wann ist man Deutscher? Welche Bedingungen müssen jeweils erfüllt sein – bei der Geburt, der Volljährigkeit oder einem Antrag auf Einbürgerung? Debatten, die in beiden Ländern regelmäßig geführt werden, berühren sie doch die Einwanderung, die Demografie und nicht zuletzt die Frage der Identität. Während Deutschland lange nach dem Abstammungsprinzip (*Ius sanguinis*) vorging und Frankreich nach dem Geburtsortprinzip (*Ius soli*), kombinieren sie heute jeweils beide Prinzipien.

In Deutschland kochte die Diskussion vor allem im Vorfeld der Staatsbürgerschaftsreform 2000 hoch, als die CDU-CSU eine Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft startete.

In Frankreich setzt Präsident Nicolas Sarkozy einen Schwerpunkt auf Immigration und Integration nicht erst seit seinem Amtsantritt 2007, auch um ein Thema des recht nationalen Front National (FN) zu besetzen – mit wenig Erfolg, denn der FN ist stärker

denn je. Die 2009 von der Regierung organisierte „Debatte zur nationalen Identität“ brachte wenig Ergebnisse, aber viel Kritik, weil Menschen mit Migrationshintergrund diskriminiert würden. Dennoch belegen Umfragen, dass Fragen der Einwanderung, die auch eine Spätfolge der Kolonialpolitik Frankreichs ist, viele Menschen beschäftigen und belasten. Längst wird sie überwiegend als Ursache sozialer Probleme denn als Chance wahrgenommen.

BETEILIGUNG AN DER GEMEINSCHAFT

Auch deshalb verteidigt Innenminister Claude Guéant wie schon sein Vorgänger Brice Hortefeux eine restriktive Linie, um Einwanderung und Einbürgerung zu begrenzen. Ab Januar 2012 macht eine symbolische „Charta der Rechte und Pflichten des französischen Bürgers“ ein hohes sprachliches Niveau sowie historische und gesellschaftliche Grundkenntnisse, wie sie auch in Deutschland bei Einbürgerungstests systematisch abgefragt werden, zur Voraussetzung einer Einbürgerung. „Franzose zu

werden ist nicht nur eine einfache verwaltungstechnische Angelegenheit“, heißt es darin. Wer sich für die französische Nationalität entscheide, müsse auch zu der Geschichte, den Prinzipien und Werten des Landes wie Laizität und Gleichheit der Geschlechter stehen, sowie sich mittels Steuerabgaben und Beitragszahlungen zur Sozialversicherung an der Gemeinschaft beteiligen.

Wie in Deutschland darf der Antragsteller nicht auf soziale Leistungen angewiesen sein. Der rechte Flügel der konservativen Regierungspartei UMP fordert sogar, in Frankreich geborene Kinder von Ausländern mit dem 18. Lebensjahr nicht mehr automatisch als französische Staatsbürger anzuerkennen, sondern die bewusste Entscheidung dafür einzufordern – das wäre eine Annäherung an deutsches Recht, wo eine doppelte Staatsbürgerschaft nur in Ausnahmefällen möglich ist.

Das Geburtstortprinzip, das in Frankreich mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch (*Code Civil*) im Jahr 1803 eingeführt wurde und jedem auf französischem Boden geborenen Kind die Staatsbürgerschaft zuteilte, ist längst an Bedingungen gebunden. Sind beide Eltern Ausländer und nicht in Frankreich geboren, erhält ihr Kind die französische Nationalität erst mit der Volljährigkeit, wenn es mindestens fünf der letzten sieben Jahre in Frankreich gelebt hat und seine Eltern über Einwohnerausweise verfügen. Es ist kein Einverständnis, zusätzlich Staatsbürger eines anderen Landes zu sein. Seit 1889 überträgt sich die Nationalität auch natürlich von mindestens einem französischen Elternteil auf das Kind, dem „*Ius sanguinis*“ entsprechend.

Und Deutschland, das sich weitaus später als Frankreich als Einwanderungsland verstand, stützt sich mit dem Gesetz 2000 nicht mehr nur auf eine ethnisch-kulturelle Konzeption der Zugehörigkeit zu einem Volk. Nun werden Kinder nicht nur deutsche Staatsbürger, wenn mindestens einer ihrer Elternteile deutsch ist. Haben ihre ausländischen Eltern zumindest acht Jahre regelmäßig in Deutschland gelebt, kann der Nachwuchs zwischen dem 18. und dem 23. Lebensjahr die Staatsbürgerschaft wählen – ein „*Ius soli*“ für die zweite Generation. So haben sich die Regelungen in beiden Ländern weitgehend angeglichen; und damit auch die Vorstellungen davon, was die Zugehörigkeit zu einer Nation ausmacht. ●